



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerh. pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inzerationsgebühr für den Raum einer sechszeiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 510. Mittag-Ausgabe.

Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 31. October 1878.

Deutschland.

Berlin, 30. Octbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Regierungsrath von Sybel zu Straßburg i. E. den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse, dem Regierungsrath Eberbach ebenfalls den Kronen-Orden dritter Klasse und dem Regierungsrath Meißner Reichter ebenfalls den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat dem General-Director der Actiengesellschaft „Stolberger Zement-Fabrik“, Adolf Vastin zu Stolberg bei Aachen, den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse, dem Schullehrer und Organisten Vintschobius zu Straßburg im Kreise Posen und dem Schullehrer Salmann zu Herborn im Districte des Adlers der Inhaber des königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern, dem Kreisgerichtsboten, Executor und Gefangenwärter Martin zu Canth im Kreise Neumarkt und dem Papierfabrikmeister Altmüller zu Hilgesheim im Kreise Bielefeld das Allgemeine Ehrenzeichen, sowie dem Premier-Lieutenant Tögel im 2. Rheinischen Infanterie-Regiment Nr. 28 die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der Kaiser hat im Namen des Reiches die von dem Directorium der Kirche Augsburgischer Confession zu Straßburg vorgenommene Ernennung des Pfarrers Georg Ceyer in Sulzern zum Pfarrer in Altdorf, Bezirk Ober-Elsass, bestätigt.

Se. Majestät der König hat dem Actuar Buhse bei dem Amtsgericht Waldeck bei seinem Ausscheiden aus dem Justizdienste den Charakter als Kanzlei-Rath, und dem Buchbindermeister Carl Becker zu Homburg vor der Höhe das Prädikat eines königlichen Hof-Buchbindermeisters verliehen.

[Bekanntmachungen auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. October 1878.] Auf Grund des § 6 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie vom 21. October 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die nachfolgend benannten Vereine: 1) der Theaterverein Germania, 2) der Gesangclub Bismarck, 3) der Gesangverein Liederfreunde, sämtlich zu Dortmund, nach § 1 des obengedachten Gesetzes durch die unterzeichnete Landespolizei-Behörde verboten worden sind. Arnberg, den 29. October 1878. Königliche Regierung. Steinmann.

Auf Grund des § 12, Abs. 2 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie vom 21. October 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die in Dortmund im Druck und Verlag der Westfälischen Genossenschafts-Buchdruckerei erscheinende und in Kassel am 23. October c. ausgegebene Nr. 88 des „Westfälischen Volks-Blatts“, Organ für das westfälische Volk, nach § 11 des Gesetzes durch die unterzeichnete Landespolizei-Behörde verboten und das Verbot auf das fernere Erscheinen der vorbeschiedenen periodischen Druckschrift erstreckt worden ist. Arnberg, den 29. October 1878. Königliche Regierung. Steinmann.

Die unterzeichnete Landespolizei-Behörde hat auf Grund des § 11 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie vom 21. October 1878 die vom 26. und resp. 29. d. Mts. datirten Nummern 251 und 253 der im Verlage von W. Braune hier selbst erscheinenden Zeitung „Braunschweiger Volksfreund“, sowie die Beilage „Leuchttugeln“ zu Nr. 252 derselben Zeitung vom 27. d. Mts., ingleichen das fernere Erscheinen des „Braunschweiger Volksfreundes“ und der dazu gehörenden Wochenbeilagen „Wochenausgabe“ und „Leuchttugeln“ durch Verfügung vom heutigen Tage verboten. Braunschweig, den 28. October 1878. Herzoglich-Braunschweig-Lüneburgische Polizei-Direction. W. Podels.

Berlin, 30. Oct. [Se. Kaiserliche und Königl. Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittag um 11 Uhr den Vortrag des Chefs der Admiralität und demnachst den des Chefs des Militär-Cabinetts, sowie um 1 Uhr militärische Meldungen entgegen. Um 2 Uhr fand bei Ihren Kaiserlichen und Königl. Hoheiten den Kronprinzen die Herrschaften ein Diner von 30 Gedecken statt, zu welchem Einladungen an den Ober-Schloßhauptmann Grafen von Keller, den Ober-Präsidenten von Sagan, den zeitigen Rector der Universität Berlin, Professor Dr. Zeller, den Hofprediger Strauß, den Wirklichen Geheimen Ober-Regierungs-Rath Lucanus, den Geheimen Regierungsrath Rath Krönig, den Vice-Ober-Stallmeister von Rauch, den Ober-Bürgermeister von Potsdam, Voie, den Hofjägermeister Freiherrn von Heintze, den Director des Victoria-Gymnasiums in Potsdam, Dr. Volz, den Director der königlichen Gärten, Zühlke, und verschiedene andere Herren ergangen waren. (R.-Anz.)

○ Berlin, 30. Oct. Bundesrath. — Die „Provinzial-Correspondenz“ über die volkswirtschaftliche Vereinigung. — Ersatz für die „Berliner Freie Presse“. — Minister Graf Eulenburg. — Reichsgesetz über die Rechte der Pfandbriefinhaber. — Ueberrumpelt, am 1. November, findet eine Plenarsitzung des Bundesrathes statt; auf der Tagesordnung steht u. A. auch der Entwurf einer Geschäftsordnung für die Reichs-Verwaltungskommission. — Die „Prov.-Corresp.“ bespricht heute die wirtschaftlichen Aufgaben; es wird auf die Erklärungen der „Volks-wirtschaftlichen Vereinigung“ großes Gewicht gelegt, noch mehr aber auf die von der national-liberalen Presse aus Anlaß dieser Erklärung gethanen Aeußerungen. So wird der Satz angeführt, das Ergebnis der veranstalteten thatfächlichen Erhebungen werde, wo es sich um Entscheidung bestimmter Fragen handle, auch für den Reichstag eine Unterlage seiner Entscheidungen abgeben, von welcher derselbe sich nicht allzusehr zu entfernen vermöge, gleichviel wohin bisherige Neigungen und vorgefasste Meinungen der Mitglieder neigen könnten. Am Schluß erkennt das halbamtliche Organ an, daß die bisherigen Erklärungen und Ankündigungen zwar nur erst allgemein gehalten sind, gleichwohl will dasselbe darin das erste hoffnungsvolle Anzeichen erblicken, daß die Regierung in dem neuen Reichstag auch für ihre wirtschaftlichen Bestrebungen die Stütze einer Mehrheit finden werde. Die wirtschaftlichen Bestrebungen der Regierung werden wiederum dahin charakterisirt, nicht eine bloße Lehrmeinung, sondern nach den Anforderungen der thatfächlichen Lage die Behandlung der bezüglichen Fragen zu gestalten. Wenn die Andeutungen sogar die Officiösen des halbamtlichen Organs zu unbestimmt vorkommen, der wird zu bedenken haben, daß dasselbe unmöglich Monate lang voraus das genaue Programm der Regierung zu entwickeln in der Lage sein kann. Wir stehen jetzt Ende October und der Reichstag wird voraussichtlich erst im Februar zusammen-treten; vorher wird die Angabe der Einzelheiten aus dem wirtschaftlichen Programm nicht erwartet werden können. — Die Herausgeber der „Berl. Freien Presse“ kündigen ein neues Blatt „Berliner Nachrichten“ an, mit welchem sie noch einmal den Versuch machen wollen, den bisherigen social-demokratischen Leserkreis zu sammeln. — Der Minister des Innern, Graf v. Eulenburg, kehrt am Donnerstag früh aus der Provinz Preußen zurück. — Bekanntlich fanden vor längerer Zeit commissarische Verhandlungen im landwirtschaftlichen Ministerium in Bezug auf die Rechte der Pfandbrief-Inhaber statt. Wie jetzt mitgeteilt wird, sind die Vorarbeiten für einen Reichsgesetzentwurf, welcher die Sicherstellung der Pfandbrief-Inhaber zum Gegenstand hat, im Reichsjustizamt zum Abschluß gelangt. Es sollen am 7. November im Reichsjustizamt auf Grund des ausgearbeiteten Entwurfs weitere Verhandlungen beginnen, an wel-

chen das landwirtschaftliche Ministerium, das Justizministerium, sowie Vertreter der Landschaften und solche der nicht preussischen Hypotheken-Banken (die der preussischen Hypothekenbanken waren bereits bei den Verhandlungen im landwirtschaftlichen Ministerium betheiligt) sowie andere Sachverständige theilnehmen werden.

○ Berlin, 31. Octbr. [Ein deutscher Diplomat über die neuesten Orientwirren. — Neue socialdemokratische Zeitung für Berlin. — Gewerbeschulen. — Socialisten-conferenz in Leipzig.] Von einem activen deutschen Diplomaten, dessen Functionen an einem benachbarten Hofe ihn in die Lage versetzen, den Gang der orientalischen Angelegenheiten übersehen zu können, ist folgendes Schreiben hierher gelangt: Die Zeitungen sind wieder voll von Kriegsbefürchtungen. Ich bin überzeugt, daß bald eine friedliche Wendung eintritt. Man macht in der auswärtigen Politik in der Regel sehr klug berechnete und möglichst weit hergeholte Combinationen, überseht dabei aber die ganz einfachen und nahe-legenden Thatfachen. Weshalb ist denn der Berliner Vertrag und der Berliner Congress zu Stande gekommen? Lediglich deshalb, weil Rußland sich schließlich nicht stark genug fühlte, den Kampf mit England aufzunehmen. Damals, wo es vor Konstantinopel stand, und die türkische Armee nahezu vernichtet, die mohamedanische Bevölkerung auf das äußerste deprimirt war, konnte der Krieg mit England doch unter weit günstigeren Auspicien unternommen werden, als in diesem Augenblicke, wo die Türkei wieder militärisch gerüstet und der Mohamedanismus sich wieder gekräftigt hat. Vor dem Berliner Vertrage hatte Rußland auch Europa gegenüber viel freiere Hand. Wollte es die Dinge jetzt zum Kriege treiben, so würde es das Odium auf sich laden, einen solchen geschlossenen europäischen Vertrag zu brechen; es würde den europäischen Friedensstifter, den deutschen Reichskanzler, welcher vorher Rußland jede diplomatische Unterstützung zu Theil werden ließ, zu seinem erbittertsten Gegner haben. So thöricht wird Rußland nicht handeln. Es braucht Ruhe, sonst hätte es in diesem Sommer Krieg mit England gemacht. Es wird gegenüber der west-mächtlichen Verständigung und dem bevorstehenden Abschlusse der österreichisch-türkischen Convention weichen. Die Reise Schwaloffs nach Livadia scheint bereits den Anfang dieser in Aussicht stehenden Wendung zu bezeichnen. Wenn sich russische Diplomaten schmeicheln, daß Italien wegen seiner slavischen Sympathien sich zu einer Allianz mit Rußland verstehen würde, so darf ich versichern, daß der leitende deutsche Staatsmann an eine solche Eventualität nicht denkt. Halten Sie an dem einen Punkte fest, daß der Kaiser von Rußland sich befinden wird, eine zweite Auflage des Krieges zu veranstalten, denn es ist ihm von Berlin bedeutet worden, daß man keine aggressiven, den Berliner Vertrag compromittirenden Orientpolitik des Petersburger Cabinetts zustimmen würde. — Wir wissen nicht, woher eigentlich die Nachricht stammen mag, daß die hiesige Allgemeine deutsche Associations-Buchdruckerei (Eingetragene Genossenschaft), in deren Verlage die socialdemokratische „Berl. Fr. Pr.“ und die nach ephemeren Dasein untergegangene „Berl. Tagespost“ erschien, ihr Geschäft zu verkaufen beabsichtige. Daß dem nicht so ist, geht aus einem vor uns liegenden, von den Vertretern besagter Druckerei (Auer, Baumann und Radow) unterzeichneten Circular hervor, in welchem die Herausgabe einer neuen Zeitung, der „Berl. Nachrichten“, angekündigt wird. Motivirt wird dieser Schritt, wie folgt: „Hundert von ehrlichen Arbeitern und Kleinbürgern haben ihre kleinen Ersparnisse in unser Geschäft gesteckt und haften noch obendrein solidarisch für etwaige Ausfälle. Papierlieferanten, Schrift-gießer und Maschinenfabrikanten haben uns vertrauensvoll Credit gegeben; es laufen Wechsel dieser Geschäftskreise im Betrage von vielen Tausend Mark auf unsere Genossenschaft, in welcher, abgesehen von dem Zeitungsvortriebe, 47 Menschen, darunter 21 Familien-väter, Arbeit und Brot gefunden haben. Sollen wir alle diese Arbeiter in der heutigen geschäftslosen Zeit entlassen? Sollen wir im Hinblick auf mögliche Verluste die uns zur Zahlung präsentirten Wechsel nicht mehr honoriren? Sollen wir die sofortige Liquidation des Geschäfts beginnen, unsere werthvollen, jetzt stillstehenden Maschinen und Pressen mit großem Verlust verschleudern und die Ersparnisse unserer Genossenschafter auf das Spiel setzen? Eine derartige Verantwortlichkeit können wir nicht auf uns nehmen. Unser Geschäft ist auf den Druck, die Herausgabe von Zeitungen berechnet und eingerichtet. Zur Erhaltung des Geschäfts müssen wir also wieder eine Zeitung herausgeben und haben uns daher zum diesem Schritt entschlossen.“ Es wird dann an ein Wort des Grafen Eulenburg erinnert, welcher es den Herren Liebknecht, Most u. f. w. freistellte, künftighin in friedlicher Weise ihre Tendenzen in neuen Organen vorzutragen. „Nun, was den Herren Most und Liebknecht gestattet ist, das kann man dem Auer, Baumann und Radow auch zu thun nicht verwehren“, schließt die Ankündigung. Dem gegenüber stehen jedoch die Erklärungen der Unterdrückung und Wiederherausgabe socialdemokratischer Blätter, und wenn in Berlin von dem einmal eingeschlagenen Weg nicht abgewichen wird, so werden die „Berl. Nachr.“ denselben Weg gehen, den die „Berl. Fr. Pr.“ und die „Tagesp.“ bereits gegangen sind. Auch officiös wird jetzt bestätigt, daß sich die nächste Landtagsession wegen der vom Staate zu übernehmenden finanziellen Verpflichtungen mit der Reform des Gewerbeschulwesens zu beschäftigen haben wird. Die grundlegenden Satzungen über die künftige Organisation, die vor einigen Monaten durch die bekannte Konferenz festgestellt sind, werden für die Reform maßgebend bleiben; dagegen hängt der Zeitpunkt, an welchem dieselbe allgemein ins Leben treten soll, von mancherlei Vorbedingungen ab, die ihrer Erfüllung noch harren. Ferner steht außer Zweifel, daß dem Landtage ein Rentenbankgesetz vorgelegt wird, um diejenigen Mittel aufzubringen, welche zu landwirtschaftlichen Meliorationen erforderlich sind. Der Zustimmung des Landtages hält man sich versichert, weil bei dem Gegenstande keine Parteinteressen in Frage kommen. Die Debatten des hier tagenden Deutschen Handelstages werden mit lebhaftem Interesse gelesen, und es ist erklärlich, daß die Begrüßungsrede des Handelsministers Maybach in besonderem Grade die Aufmerksamkeit der Delegirten sowie des Publicums auf sich zog. Es überraschte nicht, daß der Minister eine pessimistische Auffassung betreffs der traurigen Zustände auf wirtschaftlichem Gebiete hegte, wohl aber, daß er dieselben in Zusammenhang mit den Attentaten brachte. Unter den Delegirten konnte man sich nicht der Bemerkung enthalten, daß das Zurückgreifen auf

jene traurigen Ereignisse nichts mit den Aufgaben des Handelstages zu thun habe, und daß es nicht eines solchen conservativen Spornes bedürfte, um die vorliegenden Fragen ihrer praktischen Lösung entgegenzuführen. — Aus Leipzig wird geschrieben, daß dort seit mehreren Tagen eine Versammlung sämtlicher Socialistenführer Sachsens tagt. Beschlossen wurde: Allgemeine Abrüstung. Anlage der noch vorhandenen Gelder in England und Agitation auf wissenschaftlichem Felde. Dieselben Beschlüsse sollen auch in anderen Mittelpunkten der socialdemokratischen Organisation gefaßt worden sein, jedoch wird die geheime Propaganda der Partei, welche eine besondere Organisation erhält, nicht von dem oben erwähnten Beschlüssen abhängig gemacht.

F. Berlin, 30. Octbr. [Achter deutscher Handelstag.] Unter sehr zahlreicher Theilnahme begannen heute Vormittag gegen 10 Uhr im Oberlichtsaale des Rathhauses die Verhandlungen des deutschen Handelstages. Es waren etwa 300 Delegirte, bezw. Theilnehmer aus allen Theilen Deutschlands, einschl. Elbschleierens, anwesend. Von bekannten Persönlichkeiten bemerkte man: Geh. Commerzienrath Baare (Bachum), Abg. Seifardt (Greifeld), Abg. Dr. Köpfer (Mannheim), Maybach (Düsseldorf), Senator Dr. Witte (Köln), Geh. Commerzienrath Jaffe (Breslau) u. A. Auch der preussische Handelsminister Maybach war erschienen und, nachdem der Commerzienrath Delbrück (Berlin) die Versammlung eröffnet, äußerte sich der Minister ungefähr folgendermaßen: Ich habe die Ehre, Sie auf's herzlichste hier in der Hauptstadt des Deutschen Reiches willkommen zu heißen. Obwohl ich nur Handelsminister für das Königreich Preußen bin, so accentuirt ich doch das Wort deutsch; denn der Handelstag erstreckt sich über ganz Deutschland; es giebt bloß einen deutschen Handel, und laut Reichsgesetz ist die Förderung und Entwicklung des Handels Sache des Deutschen Reiches. Als vor nunmehr 4 Jahren mein Vorgänger, Herr Dr. Achenbach, die Ehre hatte, Sie zu begrüßen, da war bereits im allen industriellen und Handels-Verhältnissen ein Rückgang eingetreten. Die von Herrn Dr. Achenbach damals geäußerte Hoffnung, die commerciellen und industriellen Verhältnisse werden sehr bald wiederum eine bessere Gestaltung annehmen, hat sich leider nicht nur nicht erfüllt, die erwähnten Verhältnisse sind noch schlimmer geworden. Dichte Nebelschleier lagern über allen Verkehrsverhältnissen, und selbst einzelne Lichtstrahlen, die bisweilen sichtbar sind, vermögen den Nebel nicht zu durchbrechen. Aber nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiete sind traurige Zustände zu beklagen; auch auf dem Gebiete des öffentlichen sozialen Lebens haben Zustände Maaß gefunden, die Trauer, Schmach und Schande über das ganze Deutschland gebracht haben. Man hat sich selbst nicht geschaut, gegen das geheilte Haupt unseres allerberehnten, allgeliebten Kaisers und Königs die Hand zu erheben, Gott der Allmächtige hat jedoch das größte Unglück abgewendet und im Hinblick darauf, sowie im weiteren Hinblick auf die deutsche Einigkeit und Beharrlichkeit, im Hinblick auf deutschen Muth wird es uns hoffentlich gelingen, die beregten traurigen Verhältnisse sehr bald wieder besser zu gestalten. Auf sieben feste Jahre sind sieben magere Getreidem: wenn die Zeit der letzteren jedoch verfließen sein wird, dann dürfte die Besserung nicht mehr lange auf sich warten lassen. Ich wünsche um des-halb Ihren Verhandlungen das beste Gedeihen. Möge es Ihnen, den be-rufenen Vertretern des deutschen Handelsstandes, gelingen, für Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse Sorge zu tragen. (Lebhafter Beifall.)

Geh. Commerzienrath Delbrück dankte dem Herrn Minister Namens der Versammlung: Herr Minister Maybach (so bemerkte er) hat schon in seiner Eigenschaft als Chef des deutschen Eisenbahnwesens das lebhafteste Interesse für unsere Bestrebungen betundet. — Alsdann begrüßte Stadt-rath Sabn Namens der hiesigen städtischen Behörden und Bürgerchaft, und der Vorsitzende des Aeltesten-Collegiums der Berliner Kaufmannschaft, Geh. Commerzienrath Conrad Namens der hiesigen Kaufmannschaft den Handelstag. Letzterer schloß seine Rede mit einem Hoch auf Se. Majestät den Deutschen Kaiser, in das die Anwesenden dreimal lebhaft einstimmten. — Commerzienrath Delbrück verlas hierauf ein Schreiben des Präsidenten des deutschen Reichszentralamtes, Ministers Hofmann, in welchem sich derselbe entschuldigt, überhäufte Berufsarbeiten wegen der an ihm ergan-genen Einladung nicht Folge leisten zu können. Er habe von den ihm überlieferten Drucksachen mit großem Interesse Kenntniß genommen und gebe die Versicherung, daß die Bestrebungen des Handelstages seine größten Sympathien haben und er dessen Verhandlungen mit dem größten Interesse verfolgen werde. (Beifall.) — Nachdem hierauf Commerzienrath Delbrück (Berlin), Frommel (Augsburg) und Hoff (Hamburg) ins Prä-sidium gewählt worden waren, äußerte Commerzienrath Delbrück sein Bedauern, daß angesichts der traurigen wirtschaftlichen Zeit-verhältnisse noch obendrein Zerklüftungen und bisweilen heftige Befeh-dungen zwischen den wirtschaftlichen Parteien bestehen. — Der Reser-rent des ersten Gegenstandes der heutigen Tagesordnung: die Errichtung eines deutsch-volkswirtschaftlichen Senats betreffend, Generalsecretär Büch-sen (Düsseldorf), schloß sich diesem Bedauern an. Zur Sache bemerkt Herr Wid: Es liege keineswegs bloß im Interesse des Handels und des Ge-werbes, sondern es liege auch für die deutsche Reichsregierung und den deutschen Reichstag wünschenswerth, wenn schon in den Vorbereitungs-stadien, sobald es sich um ein Gesetz, oder um Handelsverträge, oder um allgemein wirtschaftliche Erlasse handle, der Verath praktisch erfahrener Männer gehört werden müsse. Es sei nicht wegzuleugnen, daß jetzt vielfach tief in das wirtschaftliche Leben der Nation einschneidende Bestimmungen ohne genaue Kenntniß der thatfächlichen Verhältnisse und Bedürfnisse der dabei interessirten Kreise getroffen würden. In dem deutschen Reichstag finde eine wirtschaftliche Interessenvertretung leider keinen Platz. Ange-sichts der im Reichstage vertretenen Parteien werden die wirtschaftlichen Fragen von den politischen leider nicht getrennt. Auch könne man bei dem Abgeordneten für eine politische Körperschaft nicht von vornherein eine ge-nügende Kenntniß der wirtschaftlichen Verhältnisse und eine unbedingt richtige Beurtheilung der wirtschaftlichen Lage des Landes voraussetzen. Diejenigen Abgeordneten, welche ohne Voreingenommenheit und Ueberhebung zu einem richtigen Urtheil über ihre eigene Stellung gelangen könnten, müßten jedenfalls die Bildung eines solchen Senats mit Freuden begrüßen. Die consti-tutionellen Bedenken seien jedenfalls hinfällig. Dem Senate solle eine Ge-setzgebende Befugniß durchaus nicht ertheilt werden, derselbe solle viel-mehr nur als Verath fungiren. Die oft künstlich erzeugten Gegensätze zwischen Handel und Industrie, zwischen Consumenten und Producenten würden nur bei Bestehen einer solchen, alle wirtschaftlichen Interessengrup-pen einschließenden, Körperschaft verschwinden. Nicht Sonderinteressen oder ausschließliche Wünsche verfolgten er und seine Freunde mit ihrem Antrage. Es handle sich dabei lediglich um das Gedeihen der Gesamtheit, nur um die Ausfüllung einer Lücke zwischen der Gesetzgebung und den thatfächlichen Verhältnissen, gewissermaßen um eine permanente volkswirtschaftliche Enquete. (Lebhafter Beifall.) Er stelle folgenden Antrag: „Der deutsche Handelstag wolle schleunigst eine Eingabe an die Kaiserliche Regierung richten, dahin gehend, daß möglichst bald, und zwar zunächst durch Kaiser-liche Ernennung, eine Behörde, bestehend aus den Vertretern des Handels, der Industrie (der Gewerbe), der Landwirtschaft, des Verkehrs, des Handels, aus höheren Beamten geschaffen werde, welche als Verath der Reichsregie-rung in wirtschaftlichen Fragen, ähnlich des französischen „Conseil supé-rieur“, fungirt, und daß demnach durch gesetzliche Bestimmung die definit-ive Organisation einer solchen Behörde, hervorgehend einerseits aus Kai-serlichen Ernennungen und andererseits aus dem Wahlen obiger wirtschaft-licher Gruppen geregelt werde.“

Senator Dr. Witte (Köln): Der volkswirtschaftliche Senat in Frank-reich sei lediglich eine oft willkürliche Handhabe in der Hand der Regierung gewesen und gerade dort seien es freie wirtschaftliche Vereinigungen ge-wesen, welche Einfluß auf die Continuität der Gesetzgebung genommen haben. Dasselbe sei in England der Fall gewesen und die freien wirtschaftlichen Interessengruppen seien daher auch bei uns berufen, Handel und Industrie betreffende Fragen in die betreffende Bahnen zu lenken. Die Antragsteller würden sich über die erwartete Stellung des Senats entschieden äußern. Der deutsche Handelstag und der deutsche Landwirtschaftsrath würden die

richtigen Quellen sein, welche der Regierung für die wichtigsten Materialien die umfassendsten Vorarbeiten und die gründlichsten Sachkenntnis entgegenbringen. Er beantragte nun deshalb die Annahme folgender Resolution: „Der deutsche Handelsrat lehnt es ab, auf den Gedanken der Errichtung eines volkswirtschaftlichen Senats einzugehen, da er der Ansicht ist, daß der deutsche Handelsrat ganz besonders berufen und geeignet ist, in allen Handel und Industrie betreffenden Fragen den volkswirtschaftlichen Beirath der Regierung zu bilden, während dieselbe Aufgabe auf landwirtschaftlichem Gebiet dem Landwirtschaftsrathe zufällt. In allen Fällen, in denen die Regierung in volkswirtschaftlichen Fragen einer weitergehenden Information bedarf, empfiehlt der deutsche Handelsrat Enqueteen ad hoc, für deren Zustandekommen und Durchführung der Ausschuss des deutschen Handelsrates stets mitwirken bereit sein wird.“ Unterstüßt war dieser Antrag durch die Handelskammern von Bremen, Altona, Leipzig, Hamburg, Stettin, Kolberg, Stolz, Stralsund, Thorn, Halberstadt, Jülich, Stuttgart, Magdeburg, Krefeld, Posen, Kiel und Nürnberg. — Handelskammer-Secretär Dr. Gras (Breslau): Es sei jetzt Modefache geworden, die bestehenden volkswirtschaftlichen Mängel durch papierene Statuten und Gesetze zu heilen. Es sei schwierig gewesen, einen preussischen Finanz- und Handels-Minister zu finden (Heiterkeit), wo solle man nun noch so viele geeignete Beamte finden, deren ein volkswirtschaftlicher Senat bedürfte. Er erlaube den Handelsrat, das Deutsche Reich nicht mit einem neuen Bureaucratismus zu belasten. — Commerzienrath Friesenfeld (Barmen) und Heide (Sorau N.-L.) plaidirten für den Bäckischen Antrag. — Zweiter (Magdeburg): Der volkswirtschaftliche Senat würde nur eine neue bureaukratische Institution schaffen, ohne dem Handel und der Industrie auch nur irgend etwas zu nützen. Es würde sich ein laienmännliches Beamtenthum um die Regierung scharen, ohne daß der eigentliche Handels- und Gewerbebetrieb irgendwie gehoben werde. Dieser Senat würde zweifellos eine Interessenvertretung sein, die Regierung würde über die wahren Interessen des Handels und der Industrie getäuscht werden, und was das Schlimmste sei, die Regierung würde in der Verhandlung mit dem volkswirtschaftlichen Senat ihre Aufgaben gegenüber den Handels- und Industrieverbänden gelöst sehen. Die Ansichten des eigentlichen Handels- und Gewerbebetriebes würden in Folge der Errichtung eines volkswirtschaftlichen Senats gar nicht mehr zur Geltung kommen. Der deutsche Handelsrat und die Handelskammern seien die directen Vertretungen des Handels- und Gewerbebetriebes. Damit möge man es aber genug sein lassen. Ein weiteres Filtrationsmittel vermöge die eigentliche Meinung des Volkes. Die Hauptsache sei bei allen Sachen die Öffentlichkeit und diese habe die Reichsregierung bei allen Handels- und Industrie-Enqueteen walten lassen. — Abg. Sturm (Osnabrück): Die Handelskammern können schon um deshalb nicht genügen, da eine Handelskammer aus Schutzhöllern, die andere aus Freihändlern bestehe. Eine Handelskammer vertritt mehr die Interessen des Handels, die andere wieder diejenigen der Industrie. Dies seien Zustände, aus denen keine Regierung ein klares Bild über die eigentlichen volkswirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse erlangen könne. — Handelskammer-Secretär Dr. Barth (Bremen): Wenn die Regierung ihre Aufgaben richtig erkenne, so sei es ihre Sache, das Falsche von dem Wahren zu unterscheiden. — Dr. Hamacher proponirte folgenden Antrag: Der Handelsrat giebt dem Reichsrath den Rath, daß die deutsche Reichsregierung in der volkswirtschaftlichen Gesetzgebung, insbesondere in handelspolitischen Fragen, ein auf fester Grundlage beruhendes Centralorgan als Beirath anerkenne. Der Handelsrat ersucht die Reichsregierung, den deutschen Handelsrat bezw. dessen bleibenden Ausschuss zur Zeit als ein solches Organ anzuerkennen, welches allein oder in Zusammenwirkung mit ähnlichen Vereinen diese Aufgabe zu lösen hat. Er beantragt den Ausschuss, zur Ausführung dieses Beschlusses mit der Reichsregierung in Verhandlung zu treten. — General-Secretär Bück (Düsseldorf) hatte inzwischen seinen Antrag dahin modificirt: Der Handelsrat beschließt: 1) Die Bildung eines volkswirtschaftlichen Senats als begutachtender, staatlich anerkannter Beirath der Reichsregierung in volkswirtschaftlichen Fragen ist notwendig. 2) Dieser Beirath wird zu bestehen haben aus Vertretern des Handels, der Industrie, des Gewerbes, der Landwirtschaft, des Verkehrslebens und aus höheren Beamten der betheiligten Ressorts. Seine definitive Organisation wird durch Gesetz festgestellt und seine Zusammensetzung hat theilweise aus kaiserlicher Ernennung, theilweise aus den Wahlen obiger volkswirtschaftlicher Gruppen hervorzugehen. 3) Bis zur definitiven gesetzlichen Regelung wird mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der demnächst zu entscheidenden volkswirtschaftlichen Fragen die provisorische Bildung und Berufung durch kaiserliche Ernennung beibehalten. — Abg. Halle stellte folgenden Antrag: „Der Handelsrat beauftragt seinen Ausschuss, sich mit der Staatsregierung über die Bildung eines volkswirtschaftlichen Senats im Sinne des Bäckischen Antrages in Verbindung zu setzen. Er bevollmächtigt ferner seinen Ausschuss, mit der Reichsregierung dahin eine Verständigung herbeizuführen, daß der zur Theilnahme an der volkswirtschaftlichen Gesetzgebung berufene Senat zum Theil durch kaiserliche Ernennung, zum Theil durch Organe des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft berufen werde.“ — In namentlicher, nach Handelskammern erfolgter Abstimmung ergaben sich für den Bäckischen Antrag 50, gegen 48 Stimmen, für den Antrag Hamacher 55, gegen 40, für die ersten beiden Absätze des Bäckischen Antrages 54 gegen 40, für den dritten Absatz des Bäckischen Antrages 39 gegen 56 und für den Bäckischen Antrag 38 gegen 58 Stimmen. Die Anträge werden sämtlich dem bleibenden Ausschuss beauftragt, Bericht erstattung an die deutsche Reichsregierung überweisen. — Schluß der heutigen Sitzung gegen 5½ Uhr Nachmittags.

[Ehrengabe der im Auslande lebenden Deutschen.] Wie innerlich, ging seiner Zeit von den Deutschen in Petersburg die Anregung aus, daß alle im Auslande lebenden Deutschen dem Kaiser eine gemeinsame Ehrengabe überreichen sollten, die als ein Theil der Mittel zum Bau eines neuen Panzerschiffs „Großer Kurfürst“ dienen möchte. Im „St. Petersburg Herald“ lesen wir nun: In der dieser Tage abgehaltenen Sitzung des St. Petersburg Ausschusses für den „Nationalband“ der außerhalb des Vaterlandes lebenden Deutschen an Kaiser Wilhelm konnte, wie wir hören, constatirt werden, daß die Sammlungen auch während des Sommers nicht geruht und jetzt die Höhe von circa 15,000 Rubel hierseits erreicht haben. Zugleich wurde von einer Reihe Zuschriften Kenntnis genommen, welche von den verschiedensten Punkten des In- und Auslandes — wir nennen nur von überseeischen u. A. Calcutta, Beirut, Korju, Kairo, Alexandria, Port Elisabeth in Südafrika — über einen günstigen Fortgang des patriotischen Unternehmens erfreuliche Mittheilung machten.

[Marine.] S. M. gedackte Corvette „Prinz Adalbert“, 12 Geschütze, Commandant Capitän z. S. MacLean, ist am 26. d. Vormittags von Plymouth nach Madeira in See gegangen.

Wiesbaden, 28. Oct. [Selbstauflösung.] Der „Correspondent“, Organ für Deutschlands Buchdrucker, meldet die Thatsache, daß sich ein Zweigverein des sozialistisch angehauchten Buchdruckerverbandes in Wiesbaden aus Furcht vor Auflösung selbst aufgelöst und den Kassenbestand von 8000 Mark unter den 30 Mitgliedern vertheilt hat! Der „Correspondent“ verurtheilt diese „Theilung“ aufs Schärfste und macht auf das statutenwidrige Verhalten des Vereins aufmerksam.

Österreich.

Wien, 30. Oct. [In der heutigen Sitzung des Budget-Ausschusses] gelangte die Vorlage der Regierung, betreffend die Bewilligung eines Credits von 25 Millionen zur Verathung. Der Referent Giska beantragte, gegenwärtig in die Verathung der Vorlage nicht einzutreten, sondern die Regierung aufzufordern, ungesäumt den Berliner Vertrag zur verfassungsmäßigen Behandlung vorzulegen. Der Abg. Heilsberg stellte ein Amendement zum Terte des Berichtes des Inhalts, daß der Berliner Vertrag vor der Ausführung des darin Österreich übertragenen Mandates der Reichsvertretung unbedingt zur Genehmigung vorzulegen gewesen wäre. Der Abg. Sturm erklärte in der Verausgabung der 25 Millionen eine Verletzung der Verfassung, der Abgeordnete Demel empfahl den Antrag Giska's, der Abgeordnete Oppenheimer sprach sich dahin aus, daß er zwischen der Delegation und dem Reichsrathe keinen Streit über eine Finanzfrage herbeigeführt sehen möchte. Der Finanzminister v. Pretis wies darauf hin, daß er die Armee im Felde nicht habe Noth leiden lassen können. Die auswärtige Frage wolle er nicht erörtern, weil der Minister des Auswärtigen dies als sein Recht an geeigneter Stelle reclamirte; die Rectification der Ausgaben für die Occupation ergebe sich aber aus dem Wortlaute des von den Delegationen und vom Reichsrathe gefaßten Beschlusses in Betreff

des Gebrauchs des Sechszig-Millionen-Credits im Falle der Nothwendigkeit. Dies sei der Standpunkt der Regierung gewesen, wobei dieselbe den Friedens-Gedanken festgehalten habe, so lange die Ehre intact bleibe und der Schutz der österreichischen Interessen solches gestatte. Er stimme den militärischen Maßregeln zu in der Tendenz, größeren Conflagrationen vorzubeugen, und weil in Berlin die Occupation für nothwendig erkannt worden sei. Die Regierung habe früher 60 Millionen für ausreichend erachtet, eine Ueberschreitung dieser Summe sei in dem Momente unvermeidlich geworden, wo die Ehre der exponirten Armee hätte compromittirt werden können, und wo es gegolten habe, dafür zu sorgen, daß das begonnene Werk wirklich vollendet werde. Er habe die gegenwärtige Ueberschreitung zugelassen, weil er das geringere Uebel habe wählen wollen. Selbstverständlich müsse die Erörterung der auswärtigen Frage in den Delegationen vorausgehen, bevor zu dem geforderten Nachtragscredit die endgiltige Zustimmung erteilt werde, die Einberufung des Reichsrathes und der Delegationen sei zu der Zeit, wo die Ueberschreitung des Credits stattgefunden, unmöglich gewesen. Er übernehme die Verantwortung für Alles, was er gethan habe. Der Berliner Vertrag enthalte eine Menge von Bestimmungen, wobei die Competenz des Reichsrathes nicht eintrete, nur die Einverleibung von Spizza sei in diese Competenz gehörig und die bezügliche Vorlage werde erfolgen. Ob die Occupation nothwendig gewesen, sei Sache der Auffassung, in dieser Richtung sei der Berliner Vertrag aber Gegenstand der Verhandlung in der Delegation. — Bei der Abstimmung wurde das Amendement des Abg. Heilsberg und der Antrag Giska's angenommen.

Schweiz.

Bern, 22. Oct. [Die Rechtsverletzungen in Tessin. — Die Bundesräthe Droz und Heer.] Der tessiner Staatsrath, schreibt man der „A. Z.“, hat dem Bundesgericht unter Ankündigung weiterer Auseinandersetzungen einen vorläufigen Protest gegen die von den Liberalen gemachten Mittheilungen über die Mordthaten von Stabio eingesandt. Inzwischen haben sich die Behörden in Tessin neuer Willkürhandlungen schuldig gemacht, indem vorgestern zu Agno eine Anzahl Liberaler verhaftet worden ist, weil sie bei einer Wahlversammlung ein Hoch auf die liberale Partei ausgebracht haben. Bundesrath Anderwert, der Chef des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, welcher sich augenblicklich in Lugano befindet, wird wohl Gelegenheit nehmen, von dem wahren Stande der Dinge sich persönlich zu überzeugen. — Eine zu Mendrisio vom Canton Tessin abgehaltene Volksversammlung hat anlässlich der Aufstellung der Nationalraths-Candidaten gegen die dort bestehende reactionäre Gewalt Herrschaft Protest erhoben und die Hoffnung ausgesprochen, daß der Gerechtigkeitsinn der Bundesbehörden deren sprihwährenden groben Rechtsverletzungen bald ein Ende machen werde. — Bundesrath Droz hat, dem Beispiele des Bundesraths Heer folgend, die Candidatur für den Nationalrath abgelehnt. Ersterer war in seinem Heimatcantone Neuchâtel vorgeschlagen, Legierter in seinem Heimatcantone Glarus. Damit ist ihre Wiederwahl in den Bundesrath nicht verhindert. Man braucht nicht, um Bundesrath zu werden, Mitglied der Bundesversammlung zu sein.

Italien.

Rom, 26. Oct. [Das neue Ministerium. — Ein Sündenregister der Consorteria.] Da der frühere Ministerpräsident Depretis, schreibt man der „G. N.“, mit Cairoli sich schon in Pavia wieder ausgesöhnt hat, so übernimmt der Comthur Brin, der in dem Cabinet Depretis' Marineminister war, auch mit Zustimmung seines ehemaligen Collegen dieses Ministerium wieder. Professor Pessino ist gestern aus Neapel angekommen und hat eingewilligt, das Ministerium des Ackerbaues und Handels anzunehmen, hat aber darum gebeten, daßelbe noch eine kurze Zeit durch den General-Secretär Cocco-Ortu verwalten zu lassen, weil er noch wichtige Geschäfte zu erledigen habe. Das Eintreten der beiden Herren in das Cabinet Cairoli bedeutet, daß jetzt auch die Freunde der Herren Depretis, Crispi und Nicotera, daßelbe in der Kammer unterstützen werden und daß es nunmehr bei Entscheidung wichtiger Fragen auf ungefähr 400 Stimmen der 500 Deputirten zählen kann. Nur einem Cairoli konnte es gelingen, das Werk der Versöhnung so schnell zu einem glücklichen Ende zu führen. Die Consorten und die Clericalen sind nicht wenig verblüfft darüber. Ihre Organe fahren fort, der Krone die Tendenzen der Liberalen von der Linken als gefährliche zu denunciren. Die „Capitale“ hält es wegen der von den clericalen Gemäßigten angezeigten Intriguen für zeitgemäß, folgende erste Liste der Schändlichkeiten, Gesetzwidrigkeiten, Gemeinheiten und Betrügereien zu veröffentlichen, welche während der 16jährigen Regierung dieser Herren an den Tag gekommen sind: „Die unter eigenthümlichen Umständen erfolgte Veräußerung der Pineta in Ravenna, — die Concessionirung der Südbahnen, die Fußlaben in Turin, — der Proceß Falconieri, die Scandale und die „Gründung“ der Tabakregie, — die Scandale, welche die Untersuchung über die Concession und den Bau der sardinischen Bahnen an den Tag gebracht hat, — die Untersuchung über die Unterschleife im Marineministerium, — die Untersuchung über die Einführung des Zwangscursees, — der An- und Verkauf des Ca-vour-Canals, — der Proceß gegen den Duxator Vignani, — der Proceß gegen den Marquis Mantegazza, — die zahllosen Unterschleife, die in der gemeinsamen Verwaltung constatirt sind, — die Verhaftungen in der Villa Rusi, — die Untersuchung über die Verwaltung des geistlichen Fonds, — die schauerliche Verwaltung der städtischen Gemeinden, deren Sindaci schalten und walten durften wie sie wollten, vorausgesetzt, daß sie immer zu Gunsten der Ministerien stimmten, — die Bankrotte der Städte Florenz und Neapel, — die gleichzeitige Verleihung mehrerer Aemter an einzelne Lieblinge der Partei, — der zum Scandal gewordene Nepotismus, das Verfolgungssystem gegen ehrliche Leute und Beamte, welche sich nicht bestechen lassen wollten, — die Tortur in Palermo, — die unterschlagenen Emigrationsgelder, — die Sequestrierung und Verfolgung der liberalen Blätter, — die Organe der Redacteurs von 78 officiösen Zeitungen, denen man die amtlichen Anzeigen überließ, — die Steuer auf den Hunger (die Maßfrage), das päpstliche Garantiegesetz, die schlechte Verwaltung der Cultusfonds, — die Entwendung von geistlichen Documenten, welche beweisen, daß der Deputirte B. die Mitglieder eines parlamentarischen Ausschusses bestochen hatte, um unter günstigen Bedingungen die Concession zum Bau der Südbahnen zu erhalten, — die Erhebung dieses Deputirten in den Grafenstand und seine Ernennung zum Comthur des Kronen-Ordens, — die Freilassung mehrerer Räuberhefden, — der Brand in den Bureaus des Ministeriums des Innern, der daselbst im Jahre 1864 ausgebrochen, — die Verbrennung compromittirender Schriften, die nach dem Sturze des Cabinets Minghetti im Ministerium des Innern beliebt wurde, — endlich die neuesten Vorfälle in der Verwaltung der Klostergüterbehörde, deren Beamte den Reichen der Consorten entnommen waren, und schließlich 10 Milliarden Staatsschulden, welche die Männer von der Rechten dem Ministerium der Linken als Erbschaft hinterlassen haben. Alle die Anschuldigungen sind bereits zu

wiederholten Malen öffentlich erhoben worden, ohne daß die betreffenden Herren es wagten, sich zu vertheidigen, weil die Wahrheit erwiesen ist. Alle redlichen Leute, welche Sympathie für Italien hegen und der Wahrheit ihre Ohren nicht absichtlich verschließen, werden es dem Lande gönnen, daß es von ehrlichen, wenn auch weniger „geschickten“ Männern regiert wird, deren aufrichtiges Bestreben ist, die Schäden der Finanzverwaltung der Consorten wieder gut zu machen. Bezeichnend ist, daß die Moderati in allen ihren heftigen Angriffen gegen die Minister bis jetzt nicht gewagt haben, deren „Rechthchaffenheit“ zu bezweifeln.

Frankreich.

Paris, 28. Oct. [Die Deputirtenwahl. — Aus beiden Kammern. — Zur Senatwahl. — Die Eröffnung der Bürgermeisterei von la Villette. — Schreiben des Gouverneurs von Paris in Betreff der „Legion des h. Moris.“ — Mac Mahon. — Von der Ausstellung. — Rivers Wilson.] Es werden wahrscheinlich acht Tage vergehen, ehe man eine klare Vorstellung vom dem Ausfall der gestrigen Deputirtenwahl gewinnt. Zunächst haben die Provinzial-Journale über die Parteistellung der Deputirten in ihrem beschränkten Kreise Aufschluß zu geben; dann bleibt das Gesamttableau aufzustellen. Was man heute bereits von dieser Wahl weiß, ist den Republikanern entschieden günstig, aber man weiß sehr wenig. Ueberall ist indeß die Abstimmung in vollkommener Ordnung und Ruhe vor sich gegangen. — In Versailles traten heute die Senatoren und Deputirten nach langen Ferien zum ersten Male wieder zusammen. Da die gegenwärtige Session nur die Fortsetzung der vorhergehenden ist, so haben die beiden Kammern keine neuen Vorstände zu wählen. D'Audiffret-Pasquier bleibt Präsident des Senats und Grévy Präsident der Deputirtenkammer bis zum Beginn der neuen Session im Januar 1879. Und so behalten die anderen Mitglieder der Bureaus ihre Stellen. Nur hat jede Kammer einen neuen Secretär zu wählen. Die erste Sitzung des Senats war sehr schwach, bloß von etwa 60 Mitgliedern besucht. Dem Herkommen nach hielt der Präsident eine kurze Lobrede auf die während der Ferien verstorbenen Senatoren: Chareton, Vernet, Renouard, Vandier, Kergarion, Dupanloup. Von Chareton sagte er, daß derselbe den Mähen erlegen, welche seine Arbeiten beaufs Verbesse rung der Militärgesetzgebung verurtheilten. Mit besonderer Anerkennung sprach er von Dupanloup, der Zierde des französischen Episcopats. Alsdann beschloß der Senat, seine nächste Sitzung am Donnerstag zu halten. Die Verhandlung der Deputirten-Kammer war stärker besucht, obgleich auch hier die Bänke manche Lücken zeigten. Die in den Ferien neu gewählten Deputirten: Grisson, Girard, Casimir Perier, Barbedette, Marcel Barthe u. s. w. hatten sich sämtlich eingefunden. Man bemerkte auch Bonnet-Duverdier, den Deputirten von Lyon, der bekanntlich von seiner Partei, der äußersten Linken, ausgestoßen worden, weil er gewisser unstatthafter Finanzoperationen angeklagt ist, der sich aber trotzdem nicht entschließen kann, seine Entlassung als Deputirter zu geben. Er saß ganz allein auf einer Bank mit dem Vertreter von Toulouse, Duportal, der ebenfalls von seinen ehemaligen Freunden der äußersten Linken, wegen seinen Beziehungen zum Kaiserreich, in die Acht gethan worden. Die Kammer wird sich zunächst ohne Zweifel mit den noch rückständigen Mandatsprüfungen beschäftigen; das Budget dürfte erst in etwa zehn Tagen zur Verathung reif sein. Es verlautet noch nichts über den Wahlact, der im Senat vorzunehmen ist. Drei der oben genannten verstorbenen Senatoren waren lebenslängliche Mitglieder der oberen Kammer: Dupanloup, Renouard und Chareton, und sie müssen binnen kurzer Frist ersetzt werden. Die Rechte hat sich aber noch nicht über die Candidaturen, welche sie aufzustellen hat, geeinigt. Wie gewöhnlich, können die Legitimisten, Orleansisten und Bonapartisten sich nicht verständigen und man wünscht deshalb die Wahl noch eine Weile hinauszuschieben. — Gestern ist die neue Bürgermeisterei des 19ten Arrondissements (la Villette) eröffnet worden, im Beisein des Ministers de Marcère, des Unterstaatssecretärs Lepère, des Seinepräfecten und des Polizeipräfecten, sowie anderer Regierungsmitglieder. Das ganze Stadtviertel war festlich geschmückt und der Minister wurde von der Bevölkerung mit großer Begeisterung aufgenommen. Er hielt eine Rede, die heute den einstimmigen Beifall der republikanischen Presse findet und worin er den Gedanken ausführt, daß zwischen der Regierung und den Republikanern im Lande die vollkommenste Ideengemeinschaft bestehe. — Der „Temps“ bringt heute einen bemerkenswerthen Brief des Gouverneurs von Paris, General Lymard. Schon vor längerer Zeit hieß es, daß innerhalb der Pariser Garnison und in der Armee überhaupt eine religiöse Genossenschaft unter dem Namen: „Legion des h. Moris“ bestehe, die ihre eigenen Statuten hat und von den Armeegewaltigen geleitet wird. Das Schreiben des Herrn Lymard bekräftigt auf Grund officieller Untersuchungen die Existenz dieser religiösen Genossenschaft und verfügt auf den Befehl des Kriegsministers, daß die Offiziere auf die Unterdrückung derselben hinzuwirken haben. Obgleich die Regierung es für ihre Pflicht halte, den religiösen Geist in der Armee zu entwickeln, so dürfe sie doch nicht solche Verbindungen, die allerlei Conflicte herbeiführen können, fortbestehen lassen. — Der Marschall Mac Mahon war heute mit dem Prinzen von Wales auf der Jagd im Walde von Compiègne. — Der Ausstellungsbesuch hat sich gestern, Sonntag, noch einmal auf eine ganz erstaunliche Ziffer gehoben. Die Zahl der Besucher betrug an diesem Tage über 209,000. — Der ägyptische Finanzminister Rivers Wilson ist hier angekommen. Er wird übermorgen mit seinem französischen Collegen de Blignières nach Egypten abreisen.

Paris, 29. Oct. [Aus der Deputirtenkammer. — Hoffnungen der Reaction im Senat. — Aus dem Berichte des Unterrichtsministers über die religiösen Congregationen. — Diner des Arbeitsministers. — Ausstellungslotterie.] Von der gestrigen Sitzung der Kammer ist nur wenig nachzutragen. Es kam nichts Wichtiges darin vor. Der Minister Bardoux legte einen Bericht über die vom Staate ermächtigten religiösen Genossenschaften vor, wie derselbe im Finanzgesetz von 1876 ertheilt worden, und wurde bei seinem Austreten von der Linken mit lebhaftem Beifall begrüßt. Der Deputirte Blagère verlangte Eröffnung eines Credits von 150,000 Fr. für die Bewohner von Largentieres, welche von der Ueberschwemmung gelitten haben, und stellte den Dringlichkeitsantrag. Der Minister de Marcère erklärte, daß er denselben um so eher unterstützen, als er gerade im Begriffe gestanden, dieselbe Forderung zu stellen. Alsdann beschloß man, die nächste Sitzung am Montag, den 4. Nov., zu halten und in dieser Verhandlung endlich über die Wahl Paul de Cassagnac's zu verathen, da der Senat in dieser Woche auch nicht viel unternehmen wird, so ist also der Beginn der parlamentarischen Session thatsächlich um acht Tage hinausgeschoben. Ganz ohne Bedeutung war indeß der gestrige Tag doch nicht, denn er gab den Deputirten Gelegenheit, ihre freundliche Gesinnung für die Minister mehrfach zu bekunden. „Es ist klar, bemerkt heute die „Republique française“, daß die beginnende Session

ganz zu nützlichen Discussionen verwandt werden und daß dem Ministerium keine Schwierigkeit bereitet werden wird. Die Mitglieder der Mehrheit haben in Bezug hierauf ihren Entschluß gefaßt. Die reactionären Deputirten wissen das übrigens auch und da sie keine Aussicht haben, aus Zwistigkeiten zwischen dem Ministerium und der Mehrheit Vortheil zu ziehen, so sind die meisten von ihnen nicht erschienen, werden sich auch wohl nicht beeilen, nach Versailles zu kommen. Anders ist es im Senat, wo die Rechte die Hoffnung nicht aufgegeben hat, das Cabinet in Unannehmlichkeiten zu verwickeln, wenn auch nicht ihm ernstlichen Schaden zuzufügen. In der oberen Kammer werden sich bei der ersten ernstlichen Action die Reactionäre ohne Zweifel auf ihrem Posten befinden. — Der obenerwähnte Bericht des Unterrichtsministers Bardoux stellt fest, daß es in Frankreich 5 gesetzlich autorisirte Männercongregationen giebt, mit 115 Anstalten und 2418 Mitgliedern. Es bestehen 4 autorisirte sogen. Männer-Gemeinschaften mit nur 84 Mitgliedern. Die Zahl der autorisirten Frauencongregationen ist 224 mit 2450 Anstalten und 93,215 Mitgliedern. Man zählt außerdem 35 Diöcesancongregationen mit 102 Anstalten und 3794 Mitgliedern und weiter 644 Gemeinschaften mit 16,741 Mitgliedern. Was nun die nicht autorisirten Männergenossenschaften angeht, so wird die Zahl ihrer Anstalten auf 384 und ihre Mitglieder auf 7444 geschätzt. Es existiren 602 nicht autorisirte Frauenanstalten mit etwa 14,000 Mitgliedern. Die religiösen Genossenschaften, welche sich der Erziehung widmen, 23 an der Zahl, unterrichten in 2328 öffentlichen und 768 Privatschulen; sie haben 20,341 Mitglieder. Es giebt 528 Frauen-Congregationen, die sich der Erziehung widmen, mit 10,951 öffentlichen und 5527 Privatschulen. — Der Arbeitsminister de Freycinet giebt morgen ein großes diplomatisches Diner, an welchem die Vertreter von England, Spanien, Italien, der Türkei, der Schweiz, Belgien, Holland und kleineren Staaten und der päpstliche Nuntius theilnehmen werden. Die officielle und parlamentarische Welt wird durch die Minister, durch Gambetta, Chalemel-Lacour u. s. w. vertreten werden. — Vorgestern hieß es, daß, um der allgemeinen Nachfrage zu genügen, die Regierung noch 2 Millionen Bilets der Ausstellungs-Lotterie ausgeben werde, daß aber damit die Liste geschlossen sei. Heute schon melden die „Débats“, daß die Regierung sich vorbehält, weitere 2 Millionen auszugeben.

Spanien.

Madrid, 23. Octbr. [Parlamentarisches und Ministerielles. — Serrano und die Besatzungsarmee. — Verhaftungen. — Aus Marokko. — Der deutsche Consul.] Das bevorstehende Zusammentreten der Kammern, schreibt man der „R. Z.“, hat wieder neues Leben in unsere politischen Kreise gebracht. Eine heilige Schlacht soll über den Punkt geschlagen werden, ob die Cortes ihre Thätigkeit auf Grund der Verfassung von 1876 um zwei Jahre verlängern oder ob sie aufgelöst werden und Neuwahlen stattfinden. Letztere Meinung wird von den Constitutionellen vertreten, die mit großer Beharrlichkeit behaupten, daß ihnen die Macht im Laufe des künftigen Monats Januar zufallen werde. In Regierungskreisen ist man im Allgemeinen zurückhaltend. Die Organe des Cabinets widersprechen den Aussagen der Sagastiner nicht mit demselben Eifer, welcher sich früher in ihren Antworten kundgab, sobald jene scharfe Blicke nach dem Ideal jedes Spaniers zu werfen begannen. Einige ermutigen sogar die Hoffnungen und Bestrebungen der Constitutionellen, die sie sich gern schmeicheln abzugeben. Herr Canovas selbst scheint wenig Lust zu haben, ohne irgend eine parlamentarische Niederlage das Ruder aus der Hand zu geben, es sei denn, der König erkläre ihm, seine Politik ändern zu wollen. Ueber das Verhalten des jungen Monarchen den Hoffnungen und Wünschen der Parteien gegenüber sind die Meinungen indessen sehr getheilt. Thatsache ist, daß die Möglichkeit einer Aenderung in der Leitung der Geschäfte von allen Seiten ernstlich ins Auge gefaßt und erörtert wird. Die Eindrücke, welche Don Alfonso aus dem Norden mitbringt, dürften wohl nicht ohne Einfluß auf seinen Entschluß bleiben. In der Besatzungsarmee soll nämlich Serrano nach und nach wieder beliebt worden sein, was um so glaubhafter ist, als die meisten unserer Offiziere an einem Ehrgeiz leiden, der in geradem Widerspruch mit allem Patriotismus steht und leider nur zu oft in politischen Krisen den Ausschlag giebt. Der Unzufriedenen ist in Spanien zu jeder Zeit und unter jeder Regierung eine große Menge. Von dieser Wahrheit ist Niemand mehr überzeugt als der gegenwärtige Ministerpräsident, der sich auch keineswegs die unausführbare Aufgabe gestellt hat, alle seine Landsleute glücklich zu machen, sondern ungeachtet der Dinge, die da kommen könnten, mit gewohnter Thätigkeit fortregiert. Unsere Tagespresse hat Gelegenheit gehabt, sich davon zu überzeugen, daß man mit dem Cabinet Canovas nicht ungestraft spielen darf. Dem „Imparcial“ wurde kürzlich für sieben Tage zu erscheinen untersagt, weil er den reizbaren Justizminister Calderon Collantes etwas unsanft mitgenommen hatte. Auch die „Debats“, ein gut redigirtes Blatt, das den monarchisch gesinnten Theil der constitutionellen Partei vertritt, hat für die Dauer von 20 Tagen sein Erscheinen einstellen müssen. Zwei Redacteure anderer Zeitungen sind gar verhaftet worden, und ein gleiches Schicksal traf den früheren Präsidenten des vollziehenden Ausschusses der spanischen Republik, Francisco Pt y Margall, der von den Gerichten in Sevilla wegen einer vermeintlichen Verschwörung vorgeladen wurde. Solche Vorkommnisse kennzeichnen die hiesige Lage besser, als alle Muthmaßungen ersündungsreicher Berichtserstatter. Canovas wird aus freien Stücken sein Amt schwerlich niederlegen. — Laut Mittheilung aus Tanger vom 21. d. M. wurde in Folge des entschiedenen Verhaltens der spanischen Regierung an diesem Tage in Gegenwart der Landesbehörden und einer Anzahl Truppen die körperliche Züchtigung der Wachmannschaft des Lazareths vollzogen, dessen Vorsteher Herr Llano, meuchlings ermordet worden war. So wäre denn dem entrüsteten Nationalgefühl einstweilen eine gewisse, wenn auch gerade keine lange währende Genugthuung geworden. Der Gedanke, in Marokko Ersatz zu suchen für lacerirende Gebiet, vom „Imparcial“ mit großer Geschicklichkeit geführt, gewinnt zuversichtlich an Boden und mit ihm giebt sich eine gewisse nach Kräften, jedoch nicht mit dem gewünschten Erfolg. — Der in dem ersten Monaten d. J. zum Consul des Deutschen Reiches in Madrid ernannte H. W. v. Rhaynach hat bereits am 12. d. M. sein Amt niedergelegt und ist gleich darauf in aller Stille von hier abgereist. Bekanntlich hatten sich seiner Zeit 9 Beihülfe der hier anässigen Deutschen an das Auswärtige Amt gewandt, um gegen die Ernennung dieses erst seit einem Jahre anässigen Agenten, der mit den Verhältnissen des Landes nicht bekannt sein konnte, Einsprache zu erheben. Sie baten um die Ernennung eines Berufsconsuls oder irgend eines bekannten, seit Jahren anässigen und Vertrauen einflößenden Mitgliedes der deutschen Colonie. Das ganz objectiv und leidenschaftlos gehaltene Gesuch wurde kurz abgeschlagen und damit allen hier lebenden Deutschen ein recht schlechter Dienst erwiesen. Die gemachte Erfahrung ist herb genug, um das Auswärtige Amt zu

veranlassen, die hiesigen Verhältnisse einer genauen Prüfung zu unterwerfen, bevor zur Wiederbesetzung eines so wichtigen Postens geschritten wird. Zeitweilig wird das Consulat von einem Herrn verwaltet, der auch wohl kaum mehr als ein Jahr hier wohnt und der großen Mehrzahl der deutschen Colonie vollständig unbekannt ist.

Madrid, 25. Octbr. [Ueber das Attentat auf König Alfonso] ging der „R. Z.“ von hier folgender Bericht zu: Um 3½ Uhr Nachmittags traf der König an der Station der Südbahn ein. Das Ministerium, die Spitzen der Civil- und Militärbehörden, das diplomatische Corps und viele Mitglieder der Aristokratie hatten sich zur Begrüßung am Bahnhofe eingefunden. Der König begab sich, begleitet von seinem Stabe, sofort nach der nahe gelegenen Basilica de Atocha, wo ein feierlicher Dankgottesdienst für die glückliche Beendigung der Reise nach dem Norden abgehalten wurde. Die Garnison der Hauptstadt hatte inzwischen Aufstellung auf dem Prado der Calle Alcalá, Puerta del Sol und Calle Mayor genommen, durch welche der König fahren sollte, um nach dem Palaste zu gelangen. Die Häuser dieser Straßen prangten in festlichem Schmucke und eine neugierige Menschenmenge war von allen Seiten herbeigeströmt, um dem Aufzuge beizuwohnen. Don Alfonso, von glänzendem Gefolge umgeben, ritt im Schritte, nach rechts und links die Damen grüßend, die von den Balconen ihre Taschentücher schwenkten. Auf der Straße war kein Laut, keine Spur von Begeisterung zu vernehmen; nur hier und da nahm Jemand den Hut ab. Kalt wie die Luft war auch der Empfang von Seiten des Volkes. Als der Zug in der Calle Mayor ankam, trat aus der Menge, die vor der Apotheke des Dr. Moreno Platz gefunden hatte, ein junger 22jähriger Mann hervor, brach sich Bahn bis zu den Spalier bildenden Truppen und schloß aus einer zweifelhafte gezogenen Fescheurpistole eine Kugel von 15mm. auf den König ab. Glücklicherweise traf die Kugel Niemanden, schlug vielmehr an dem der Apotheke gegenüber liegenden Hause an und prallte dann bis zu den Füßen eines Soldaten zurück. Don Alfonso verlor die Fassung nicht; er lächelte und setzte seinen Weg fort, während ein Polizei-Inspector und verschiedene seiner Agenten sich des ruchlosen Verbrechers bemächtigten. Dieser ließ die Waffe fallen und ergab sich widerstandslos. Einige Soldaten der Leibgarde hielten einen Augenblick auf dem Schauplatze des Verbrechens an, und ein alter General stieg vom Pferde, um dem Königsmörder einige Hiebe mit seinem Degen zu versetzen. Derselbe heißt Juan Oliva y Moncafi und ist aus Catalonien gebürtig. Seine Physiognomie verräth weder Lebhafteit noch Leidenschaft. Er ist kühl und nach seiner Aussage zu dem einzigen Zwecke nach Madrid gekommen, um den König zu erschießen. Die officiösen Abendzeitungen wollen wissen, daß er Mitglied der Internationale und durch die Attentate von Hölzel und Nobiling beeinflusst sei. Das Gericht hat die Sache bereits in Händen und über kurz oder lang wird wohl über den wahren Sachverhalt und die Beweggründe der That etwas in die Deffentlichkeit dringen.

[Die Königin Isabella] hat an den König Alfonso nach Empfang der Nachricht von dem gegen ihn verübten Mordversuch folgendes Telegramm abgesandt:

Beliebter Sohn! Im Augenblick, wo ich Dein Telegramm erhalte, welches ich für ein Erinnerungszeichen hielt, auf das ich sofort mit Befriedigung antworten wollte, empfangst Du die Depesche des Boten, welche mir von dem feigen Attentat Kenntniß giebt, dessen Gegenstand Du warst, und bei welchem Dich Gott und die Jungfrau beschützen. So fingen sie mit mir an, als ich, schwache Frau, das nicht thun konnte, was Du für den Thron, das Land und die Staatsanstellung thun mußt. Ich danke dem guten Gott tausend Mal, lieber Sohn, und glaube mir, daß Deine Mutter zu jeder Stunde an Dich denkt. Ich umarme Dich von ganzem Herzen.

Die Königin Isabella selbst erhielt von Don Carlos folgendes Schreiben:

Meine liebe Tante Isabella! Obgleich Margarethe Dir gestern geschrieben, will ich doch auch schreiben, um Dir Glück zu wünschen, daß der gute Gott Deinen Sohn Alfonso vor dem Tode bewahrt hat, welchen die Revolution ihm geben wollte. Dies beweist, daß die Demagogie und der Haß gegen das monarchische Princip vor keinem Mittel zurücktreten, um so wohl die Fürsten zu vernichten, welche sie mit offener Stirn bekämpfen, als die, welche sie auf den Thron setzten, und die, vielleicht gegen ihren Willen, genöthigt sind, ihre Schladen zu sein. Ich begreife Deine Angst als Mutter in diesem Augenblick, und ich wünsche, daß meine Worte Deinem Herzen einigen Trost geben. Du weißt, wie sehr Dich liebt Dein Dich liebender Neffe Carlos.

Die Anspielung auf die von der „Demagogie“ auf den Thron gesetzten Fürsten — worunter jedenfalls Don Alfonso selber zu verstehen ist — nimmt sich merkwürdig genug aus in diesem Beglückwünschungs-Schreiben.

Großbritannien.

London, 28. Oct. [Das Verbot der Annahme fremder Orden.] Eine lebhafteste Polemik hat sich in den Journalen entsponnen über die Weigerung der britischen Regierung, englischen Ausstellern auf der Pariser Weltausstellung die Annahme der Decoration der Ehrenlegion zu gestatten. Die Sache macht viel böses Blut und soll auch in Frankreich übel vermerkt werden. An Debatten im Unter- und Oberhause über diesen Gegenstand wird es in der nächsten Session nicht fehlen und es ist möglich, daß ein erneuerter Versuch gemacht wird, die alte Ueberlieferung, wonach kein Engländer einen Orden von einer fremden Macht annehmen soll, zu beseitigen.

[Zur Katholisirung Englands.] Das Novemberheft der „Contemporary Review“ wird einen Aufsatz enthalten: „Was geht im Vatican vor? Eine Stimme aus Rom.“ Es wäre gut, wenn sich Jemand die Mühe nehmen würde, zu untersuchen, was Rom in England treibt, und es mag hier erwähnt werden, daß eine Dame von hohem Stande und ein Oberst, der in der Gesellschaft sehr bekannt ist, soeben zum Katholicismus übergetreten sind. Die Namen werden noch geheimlich; allein es wird bestimmt versichert, daß, sobald sie bekannt sein werden, die Sache großes Aufsehen erregen wird.

Provinzial-Beitrag.

Breslau, 31. Oct. [Rektorats-Examen.] Am 18. und 19. October wurde unter dem Vorstehe des Herrn Regierungs- und Schulraths Rante in der ebang. höheren Bürgerschule II. die zweite diesjährige Rektoratsprüfung abgehalten. Die Prüfung verbreitete sich über Geschichte der Pädagogik, Didaktik, Schulpraxis und Methodik in Religion, Deutsch, Rechnen mit Raumlehre und Realien. — Zur Prüfungs-Commission gehörten außer dem Vorsitzenden die Herren: Provinzial-Schulrath Dr. Slawitzky, die Seminar-Directoren Mards aus Breslau und Paul aus Münsterberg, Gymnasial-Oberlehrer Professor Kessler und der Rector Kaufmann von der höh. Bürgerschule II. aus Breslau. In Pädagogik, Methodik der Religion und des Deutschen wirkte Herr Seminar-Director Paul, Methodik in Rechnen, Raumlehre und Naturkunde Herr Gymnasial-Oberlehrer Professor Kessler, Methodik in Geographie und Geschichte Herr Seminar-Director Mards. Der Ausfall der Prüfung war ein günstiger, die Examinanden haben — wie die „Schles. Schulztg.“ meldet — sämmtlich die Prüfung bestanden.

—ch. Lauban, 29. Oct. [Zur Tageschronik.] Im Laufe des heutigen Vormittags fand unter Vorstehe des Superintendenten Herrn Guin de Bouteville aus Friedersdorf a. O. im hiesigen Elementar-Schulgebäude die Herbst-General-Lehrer-Conferenz statt. Herr Lehrer Richter von hier verlas einen Aufsatz über das Thema: „Wie kann die Schule zur Hebung der christlichen Sonntagsfeier beitragen?“ Zum Schluß wurde die Mittheilung gemacht, daß die Regierung zur Begründung einer Kreis-Lehrer-Bibliothek

ein Geschenk in Höhe von 100 M. gemacht habe. Es wurde beschlossen, um mit der Zeit eine Vergrößerung der Bibliothek herbeizuführen, von jedem Conferenz-Mitgliede in Zukunft einen Beitrag in der Höhe von 50 Pf. pro Jahr zu erheben. Als Bibliothekar wurde Herr Lehrer Schnabel, der schon die hiesige Stadt-Lehrer-Bibliothek verwaltet, gewählt. — Vorigen Sonntag fand im Stadtverordneten-Saale eine Neu- resp. Ergänzungswahl für die ausgeschiedenen Mitglieder des hiesigen katholischen Kirchenvorstandes und der Gemeinde-Vertretung statt. In den Vorstand wurden gewählt die Herren: Postsecretär Ebrentaut, Güter-Expeditions-Vorsteher Simon und Herr Kreisgerichtsrath Stelzer. In die Gemeinde-Vertretung wurden neu- resp. wiedergewählt die Herren: Tischlermeister Güte, Gerichtstafel-Controleur Knothe, Bureau-Assistent Lannhauser, Schmiedemeister Scholz, Pantoffelmacher Schröter, Bäckermeister Walter, Bauunternehmer Werner, Gutsächter Helbig aus Haugsdorf und Fleischermeister Walter aus Herzdorf.

—ch. Lauban, 30. Octbr. [Feuer.] Gestern Abend brannten in dem benachbarten Markt drei auf dem Markte gelegene Häuser nieder. Die Verunglückten haben dem Vernehmen nach fast gar nichts retten können. Es ist dies der zweite große Brand, den die Stadt Markt im Laufe des Jahres betroffen.

L. Kiegnitz, 29. Octbr. [Verschiedenes.] In der letzten Sitzung des Gemeinde-Kirchenraths und der Gemeinde-Vertretung der hiesigen Kirche zu St. Peter-Paul wurde der Beschluß gefaßt, zunächst für dieses Winterhalbjahr Abendandachten einzuführen, und zwar sollen dieselben zwei Mal wöchentlich, jeden Dinstag und Donnerstag von 6 bis 7 Uhr in der geheizten Sacristei der Kirche stattfinden. Der Kirchenmusik am hiesigen Orte soll künftig größere Aufmerksamkeit geschenkt werden, und wurden die erforderlichen Mittel hierzu bewilligt. — Für den verstorbenen Mittergutsbesitzer Böhm-Weissenhof wurde Herr Kreisgerichtsrath Rauch in den Gemeinde-Kirchenrath, und für erledigte Stellen in der Gemeinde-Vertretung die Herren Oberlehrer Dr. Brosin und Kreisrichter Rämisch von hier, sowie Drisdorfer Herr Warmuth-Weissenhof gewählt. — Die Herren Dr. Janide und Dr. Winkler, Lehrer an der Ritter-Adademie, kündigen sechs Vorträge über das Zeitalter der Königin Elisabeth an, Ersterer wird das culturgeschichtliche Leben, Letzterer die Literatur jener Zeitperiode behandeln. — Am 23. und 24. dieses Monats fand hier eine Prüfung von Apothekerhelfern statt, welche von den drei Examinanden bestanden wurde. Herr Kreisphysikus Sanitätsrath Dr. Stadthagen hatte dieselbe, in Vertretung des beurlaubten Regierungs- und Medicinalraths Herrn Dr. Dedeck, geleitet. — Uebermals wurde hier im Schlachthofe vor einigen Tagen ein Schwein, mit Trichinen behaftet, gefunden und zum Genuße unbrauchbar gemacht. — Am 27. d. Mts. constituirte sich hier ein Dienstmädchen-Verein, welchem sofort 26 Mitglieder beitraten. Gewählt wurden die Herren Pastor Schönsfeld aus Lentsch zum Vorsitzenden, Mittergutsbesitzer Lieutenant Schöhl-Kalhaus zu dessen Stellvertreter, Particulier Schenk zum Rentanten, Hauptlehrer Bayer zum Secretär, Lehrer Grosser aus Wildschütz zu dessen Stellvertreter.

s. Waldburg, 30. Octbr. [Schnee.] Während den Gästen, die am vergangenen Sonntag den Brauereibesitzer Müller in Wittwasser besuchten, Gelegenheit geboten wurde, sich an dem Anblick einer Quantität reifer Erdbeeren zu erquicken, die erst kurz vorher an dem der Sonne zugewendeten Vergabhangsrand der Schweigerei gepflückt worden waren, wird man bei dem heut hier stattfindenden ersten Schneefall recht eifrig an den heranabenden Winter gemahnt.

x. Neumarkt, 30. Oct. [Tageschronik.] Die Versuche des unternehmens D., den Camöser See zu entwässern, sind gescheitert und hat D. das Auspumpen des Wassers, welches sich trotz des großen Abflusses nur unmerklich verringerte, da ein Zufluß aus der Ober stattfindet, muß, eingestellt. Auch war die Fischerei nicht so ergiebig, als man gehofft hat.

D—l. Briesg, 30. Octbr. [Zur Denkmals-Enthüllungsfest.] Aus dem Königl. Hofmarschallamt ist folgendes Schreiben an Herrn Landrath von Neuß eingegangen:

„Baben, den 25. October 1878. Seine Majestät der Kaiser und Königin haben mich zu beauftragen geruht, für die unter dem 19. d. Mts. an Allerhöchstdieselben gerichtete Einladung zur Beiehung der Enthüllungsfestlichkeiten der zum Andenken an die Schlacht von Mollwitz errichteten Denkmäler Allerhöchste Ihren Dank, aber auch gleichzeitig Ihr Bedauern darüber auszusprechen, daß leider immer noch Gesundheitsrückstände Seine Majestät verhindern, dieser patriotischen Feier beizuwohnen. Ueberzeugt, daß die in dem Einladungsschreiben documentirten Gesinnungen der Anhänglichkeit in Ihren Kreisen bewahrt werden, haben Seine Majestät in Anerkennung dieser Treue und zur größeren Weihe Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit den Kronprinzen mit Allerhöchster Ihrer Vertretung bei der Feier zu beauftragen geruht. Der Kreisvertretung und der Stadtbehörde von Briesg beehre ich mich, in Erlebigung des mir erteilten Allerhöchsten Befehles von Vorstehendem hierdurch ganz ergebenst Mittheilung zu machen. Graf Bädler.“

Ein aus dem Hofmarschallamt Sr. Kaiserl. Königl. Hoheit des Kronprinzen eingetroffenes Schreiben lautet:

„Berlin, den 24. October 1878. Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz beauftragt mich, Ew. Wohlgeb. auf die unter dem 19. d. Mts. an Allerhöchste dieselben gerichtete Einladung zur Beiehung der Denkmals-Einweihung in Mollwitz und Briesg ganz ergebenst zu benachrichtigen, daß, da Seine Majestät der Kaiser und Königin verhin- dert sind, dieser Feierlichkeit beizuwohnen, Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz dieselbe am Donnerstag, den 7. November d. J., Nachmittags, vornehmen wollen. Bei der beschränkten Zeit, welche Höchstdieselben nur zu Gebote steht, erscheint es jedoch zweifelhaft, ob Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit an beiden Orten erscheinen werden, eventuell würde Höchstdieselbe nur in Briesg teilnehmen. Ich bin über diese Frage noch mit dem Herrn Oberpräsidenten v. Buttkamer in Verbindung getreten und werde nicht verfehlen, Ew. Wohlgeboren so schnell als möglich von den definitiven Entschlüssen Seiner Kaiserlichen und Königlichen Hoheit des Kronprinzen in Kenntniß zu setzen. Der Hofmarschall A. Culenburg. An den Bürgermeister der Stadt Briesg, Herrn Heiborn Wohlgeboren Briesg.“

Inzwischen ist festgestellt worden, daß die Enthüllung des Denkmals in Mollwitz, Dinstag, den 5. November, ohne Anwesenheit des Kronprinzen stattfinden wird.

* Breslau, 31. Oct., 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung im Allgemeinen sehr ruhig, bei mäßigem Angebot Preise unverändert.

Weizen, höhere Fororderungen erschwerten den Umsatz, pr. 100 Kilogr. schlesischer neuer weißer 13,80—16,20—17,60 Mark, neuer gelber 13,40 bis 16,00—17,00 Mark, feinste Sorte aber Notiz bezahlt.

Roggen in fester Stimmung, pr. 100 Kilogr. 11,60 bis 12,50—13,20 Mark, feinste Sorte aber Notiz bezahlt.

Gerste in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. neue 12,40 bis 13,50 Mark, weiße 14,20—14,70 Mark.

Hafer schwach preishaltend, pr. 100 Kilogr. neuer 10,40—10,90—11,40 bis 12,40 Mark.

Mais ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. 11,20—12,20—12,80 Mark.

Erbisen mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 12,80—13,80—16,00 Mark.

Bohnen schwach gefragt, pr. 100 Kilogr. 16,80—17,80—18,80 Mark.

Lupinen ohne Frage, pr. 100 Kilogr. gelbe 8,00—8,20—8,50 Mark, blaue 8,00—8,10—8,40 Mark.

Wicken ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. 10,40—11,00—11,60 Mark.

Esssaaten in gedrückter Stimmung.

Schlaglein in ruhiger Haltung.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Weizen... 24 75 22 50 20 50

Winterroggen... 25 — 22 — 19 —

Winterroggen... 24 50 22 — 19 —

Sommerroggen... 24 — 21 — 19 —

Leinbutter... 21 — 20 — 17 50

Rapskuchen mehr beachtet, pr. 50 Kilogr. 6,90—7,10 Mark.

Leinöl ruhiger, pr. 50 Kilogr. 8,40—8,80 Mark.

Kleefamen schwächer angeboten, rother preishaltend, pr. 50 Kilogr. 37—40—44 Mark, — weißer behauptet, pr. 50 Kilogr. 44—57—64 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee nominell, pr. 50 Kilogr. 15—18—19 Mark.

Mehl mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 25,50—27,50 Mark, Roggen fein 19,25—20,25 Mark, Hausbuden 19,00—19,50 Mark, Roggen-Futtermehl 8,75—9,50 Mark, Weizenkleie 7,20—8 Mark.

Heu 2,80—3,00 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggenstroh 19,00—21,00 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

Berliner Börse vom 30. October 1878.

Fonds- und Gold-Course.			Wechsel-Course.		
Deutsche Reichs-Anl.	4 1/2	94,80 G	Amsterdam 100 Fl.	8 1/2	163,05 bz
Consolidirte Anleihe	4 1/2	104,25 bz	do. do.	2 1/2	167,90 bz
do. do. 1876	4 1/2	94,90 B	London 1 Lstr.	3 1/2	20,50 bz
Staats-Anleihe	4 1/2	95,10 bz	Paris 100 Frs.	8 1/2	80,95 bz
Staats-Schuldversch.	4 1/2	91,70 bz	Petersburg 100 R.	3 1/2	159,00 bz
Kranz-Anleihe v. 1853	4 1/2	146,25 bz	Warschau 100 R.	8 1/2	200,10 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4 1/2	102,20 bz	Wien 100 Fl.	8 1/2	171,45 bz
Berliner Hyp.-Anl.	4 1/2	101,50 bz	do. do.	2 1/2	170,10 bz
Pommersche Anl.	4 1/2	84,25 G			
do. do.	4 1/2	94,75 bz			
do. do.	4 1/2	102,50 bz			
do. Ländsch. Cred.	4 1/2	94,60 bz			
Pommersche neue	4 1/2	94,60 bz			
Schlesische	4 1/2	96,00 G			
Ländsch. Central	4 1/2	94,80 bz			
Kur- u. Neumark.	4 1/2	96,75 bz			
Pommersche	4 1/2	95,10 bz			
Preussische	4 1/2	94,75 bz			
Westfal. u. Rhein.	4 1/2	98,60 B			
Sächsische	4 1/2	98,10 G			
Schlesische	4 1/2	96,90 G			
Badische Präm.-Anl.	4 1/2	120,00 G			
Bayerische 4 1/2 Anleihe	4 1/2	123,00 bz			
Bayr.-Münch. Präm.-Anl.	4 1/2	112,50 B			
Sächs. Rente von 1876	4 1/2	72,70 bz			
Kurh. 4 Thaler-Loose	4 1/2	244,00 B			
Badische 35 Fl.-Loose	4 1/2	144,25 bz			
Braunschw. Präm.-Anleihe	4 1/2	92,20 bz			
Oldenburg. Loose	4 1/2	138,50 bz			
Ducaten 9 1/2 B	4 1/2	Dollars 4,18 G			
Sover. 20 1/2 G	4 1/2	Oest. Bkn. 171,65 bz			
Napoleon 16 20 1/2 G	4 1/2	do. Silbergr. —			
Imperial 16 1/2 G	4 1/2	Russ. Bkn. 200,25 bz			
Hypotheken-Certificate.			Eisenbahn-Stamm-Actien.		
Krupp'sche Partial-Obl.	4 1/2	107,50 bz	Aachen-Mastricht	1877	13,80 G
Unk. Pfd. d. Pr.-Hyp.-B.	4 1/2	97,00 bz	Berg.-Märkische	3 1/2	77,80 bz
do. do.	4 1/2	102,00 bz	Berlin-Anhalt	0	90,00 bz
Deutsche Hyp.-Pfd.	4 1/2	94,75 bz	Berlin-Dresden	0	9,50 bz
do. do.	4 1/2	100,30 bz	Berlin-Görlitz	0	11,25 bz
Kündb. Cent.-Bod.-Cr.	4 1/2	100,00 G	Berlin-Hamburg	11 1/2	109,25 bz
Unkünd. do. (1872)	4 1/2	101,50 bz	Berl.-Potsd.-Magdb.	3 1/2	85,00 bz
do. rückz. a 110	4 1/2	106,50 G	Berlin-Stettin	3 1/2	113,90 bz
do. do.	4 1/2	98,60 bz	Böhm. Westbahn	5	68,10 bz
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd. B.	4 1/2	100,30 bz	Bresl.-Freib.	5	61,90 bz
Kündb. Hyp.-Pfd. G. C. B.	4 1/2	92,25 G	Coln-Minden	5 1/2	102,90 bz
do. do. Pfandbr.	4 1/2	92,10 bz	Dux-Carl-Ludw.-B.	0	99,60 bz
Pomm. Hyp.-Briefe	4 1/2	96,90 B	Halle-Sorau-Gub.	0	11,30 bz
do. do. II. Em.	4 1/2	—	Hannover-Altenb.	0	13,10 bz
Goth. Präm.-Pfd. I. Em.	4 1/2	105,25 bz	Kaschau-Oderberg	4	42,00 G
do. do. II. Em.	4 1/2	103,75 bz	Kronpr. Rudolfsb.	5	49,30 bz
do. 50 Pf. rückz. m. 110	4 1/2	100,10 bz	Ludwigsh.-Bexb.	9	181,40 bz
do. 4 1/2 do. m. 110	4 1/2	92,50 bz	Märk.-Posener	0	17,00 bz
Meininger Präm.-Pfd. A.	4 1/2	108,10 bz	Magde.-Halberst.	8	128,50 etbz
Pfnd. d. Oest.-Bd.-Cr. G.	4 1/2	93,40 bz	Mainz-Ludwigsh.	5	70,50 bz
Schles. Bod.-Cred.-Pfd.	4 1/2	95,10 G	Niedersch.-Märk.	4	96,00 etbz
do. do.	4 1/2	95,10 G	Oest.-A. C. D. E.	9 1/2	128,00 bz
Südd. Bod.-Cred.-Pfd. B.	4 1/2	103,00 B	Oest.-Fr. St. B.	9 1/2	121,00 G
do. do.	4 1/2	98,70 bz	Oest.-Nordwestb.	5 1/2	183,00 B
Ausländische Fonds.			Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.		
Oest. Silber-R. (1 1/2 1/2)	4 1/2	52,80 bz	Berlin-Dresden	0	23,25 bz
do. 1 1/2 1/2	4 1/2	53,00 bz	Berlin-Görlitz	0	32,50 bz
do. Goldrente	4 1/2	66,50 bz	Breslau-Warschau	0	20,25 bz
do. Papierrente	4 1/2	51,25 G	Halle-Sorau-Gub.	0	37,00 bz
do. 5 1/2 Präm.-Anl.	4 1/2	—	Hannover-Altenb.	0	27,20 bz
do. Lott.-Anl. v. 69	4 1/2	104,50 bz	Köln-Fürth-Falkenb.	0	19,90 bz
do. Credit-Loose	4 1/2	293,75 bz	Märkisch-Posener	3 1/2	85,00 bz
do. 6 1/2 Loose	4 1/2	257,00 B	Magde.-Halberst.	3 1/2	76,50 bz
Russ. Präm.-Anl. v. 64	4 1/2	146,50 G	do. Lit. C.	5	105,25 bz
do. do.	4 1/2	144,25 bz	Oest. Südbahn	5	91,00 etbz
do. Bod.-Cred.-Pfd. B.	4 1/2	72,90 bz	Rechte O.-U.-R.	6 1/2	111,25 bz
do. Cent.-Bod.-Cr. Pfd.	4 1/2	—	Rumänien	8	86,50 bz
Russ. Poln. Schuld-Obl.	4 1/2	61,10 bz	Saal-Bahn	0	16,00 bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4 1/2	54,90 bz	Weimar-Gera	0	14,00 bz
Amerik. rückz. p. 1881	4 1/2	104,20 G			
do. do.	4 1/2	—			
do. 5 1/2 Anleihe	4 1/2	102,50 G			
Ital. 5 1/2 Anleihe	4 1/2	72,25 bz			
Ital. Tabak-Oblig.	4 1/2	101,60 bz			
Raab-Grazer 100 Thlr. L.	4 1/2	69,10 G			
Rumänische Anleihe	4 1/2	101,00 G			
Türkische Anleihe	4 1/2	68,75 bz			
Ungar. Goldrente	4 1/2	69,20 bz			
Ung. 5 1/2 St. Anleihe	4 1/2	—			
Schwedische 10 Thlr.-Loose	4 1/2	37,90 G			
Finische 10 Thlr.-Loose	4 1/2	37,90 G			
Türken-Lose 3 1/2 etbz	4 1/2	—			
Eisenbahn-Prioritäts-Actien.			Bank-Papiere.		
Berg.-Märk. Serie II.	4 1/2	100 B	Alg. Deut. Hand.-G.	0	2 1/2
do. III. v. St. 3 1/2	4 1/2	84,90 B	Anglo-Deutsche Bk.	0	4
do. do. VI. 4 1/2	4 1/2	99,80 B	Berl. Kassens-Bk.	107 1/2	84 1/2
do. Hess. Nordbahn	4 1/2	103,40 B	Berl. Handels-Ges.	0	4
Berlin-Görlitz	4 1/2	102,00 B	Brl. Pr.-u. Hdl.-B.	61 1/2	6
do. do.	4 1/2	90,50 bz	Braunschw. Bank	3	4
do. Lit. C.	4 1/2	84,75 bz	Bresl. Disc.-Bank	4	3
Breslau-Freib. Lit. F.	4 1/2	95,50 G	Bresl. Wechselb.	5 1/2	4
do. do.	4 1/2	95,50 G	Coburg. Cred.-Bk.	4 1/2	5
do. do.	4 1/2	94,75 bz	Danziger Priv.-Bk.	7	0
do. do.	4 1/2	94,75 bz	Darmst. Creditb.	6	4
do. von 1876	4 1/2	102,00 bz	Darmst. Zeitb.	5 1/2	4
Coln-Minden III. Lit. A.	4 1/2	93,75 G	Deutsche Bank	6	4
do. do.	4 1/2	99,40 B	do. Reichsbank	6 1/2	4
Halle-Sorau-Gub.	4 1/2	101,40 B	do. Hyp.-B. Berlin	7 1/2	4
Hannover-Altenbeken	4 1/2	—	Disc.-Comm.-Anth.	4	5
Märkisch-Posener	4 1/2	—	do. ult.	4	5
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4 1/2	94,50 G	Genossensch.-Bnk.	5 1/2	4
do. do. II. Ser.	4 1/2	97,00 B	do. junge	5 1/2	4
do. Obl. I. u. II.	4 1/2	94,00 bz	Goth. Grundcred.	10	8
Oberschles.	4 1/2	—	Hamb. Vereins-B.	10	8
do. B.	4 1/2	93,25 G	Hannov. Bank	5 1/2	4
do. C.	4 1/2	85,90 G	Königsb. Ver.-Bk.	3 1/2	4
do. D.	4 1/2	—	Ldw.-B. Kwidlitz	5 1/2	4
do. E.	4 1/2	—	Leipz. Cred.-Anst.	6	4
do. F.	4 1/2	—	Luxemburg. Bank	6 1/2	4
do. G.	4 1/2	—	Magdeburger do.	6	4
do. H.	4 1/2	101,30 bz	Meininger do.	2	4
do. von 1869	4 1/2	101,30 G	Nordb. Bank	8	4
do. von 1873	4 1/2	102,50 G	Nordd. Grundb.-B.	8	4
do. von 1874	4 1/2	99,40 B	Oberlausitzer Bk.	12 1/2	3
do. Brieg-Neisse	4 1/2	99,40 B	Oest. Cred.-Actien	11 1/2	8
do. Cosel-Oderb.	4 1/2	—	Posener Pr.-Bank	6 1/2	4
do. do.	4 1/2	103,10 bz	Pr. Bod.-Crd.-Bk.	8	4
do. Stargard-Posen	4 1/2	—	Sächs. Bank-Verein	5 1/2	4
do. do. II. Em.	4 1/2	100,60 G	Weimar. Bank	0	4
do. do. III. Em.	4 1/2	100,60 G	Wiener Unionsbk.	11 1/2	3 1/2
do. Ndrschl. Zwb.	4 1/2	99,50 B			
Rechte-Oder-Übr.-B.	4 1/2	99,75 bz			
Schlesw. Eisenbahn	4 1/2	—			
Dux-Bodenbach	4 1/2	63,00 G			
Prag-Dux	4 1/2	53,25 G			
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	4 1/2	85,80 bz			
do. do. neue	4 1/2	83,90 B			
Kaschau-Oderberg	4 1/2	59,00 bz			
Ung. Nordostbahn	4 1/2	54,75 bz			
Ung. Ostbahn	4 1/2	51,75 etbz			
Lemberg-Czernowitz	4 1/2	65,00 B			
do. do.	4 1/2	66,75 bz			
do. do. III.	4 1/2	58,00 bz			
do. do. IV.	4 1/2	55,00 bz			
Mährische Grenzbahn	4 1/2	52,90 B			
Mähr.-Schl. Centralb.	4 1/2	18,50 G			
do. do.	4 1/2	—			
Kronpr. Rudolfsb.	4 1/2	64,20 bz			
Oesterr.-Französische	4 1/2	338,00 B			
do. do. II.	4 1/2	326,25 bz			
do. südl. Staatsbahn	4 1/2	235,50 bz			
do. neue	4 1/2	234,90 bz			
do. Obligationen	4 1/2	80,25 bz			
Rumän. Eisen.-Oblig.	4 1/2	91,30 bz			
Warschau-Wien II.	4 1/2	97,00 G			
do. III.	4 1/2	93,10 bz			
do. IV.	4 1/2	83,20 bz			
do. V.	4 1/2	80,40 bz			

größtenteils durch starke Verkäufe eines großen Speculanten. In der letzten Hälfte der zweiten Börsenstunde trat indeß wiederum ein Umschwung in der Stimmung ein, so daß der Schluss der Börse bei recht fester Tendenz stattfand. Von intern. Speculations-Papieren gingen öfter Creditactien ziemlich rege um. Lombarden und ebenso auch Franzosen waren dagegen fast ganz vernachlässigt. Die öfter. Nebenb. verhielten sich sehr ruhig und trugen nur eine wenig feste Hypothekonomie. Ebenso war in den lokalen Speculationssectoren der geschäftliche Verkehr nur ein sehr geringer. Die letzten Notierungen konnten sich indeß meist behaupten, Disc.-Comm.-Anth. ließen jedoch etwas im Course nach. Dieselben notierten: ult. 128,75—129 127,75 bis 128, Laurahütte ult. 72 1/2—72,10. In den ausländ. Staatsanleihen fand ein lebhafteres Geschäft statt, dieselben hatten in matterer Haltung den Verkehr eröffnet, begegneten jedoch besserer Kaufkraft und besserten schnell die Tendenz; die anfänglichen Courseinbußen wurden bald ausgeglichen und die Notierungen erreichten wieder das Niveau der gestrigen Schlusscourse. Nur Russische Werthe zeigten sich für die Besserung weniger empfänglich. 5 % Anleihe per ult. 78 1/2—78 3/4, Russ. Noten per ult. Nov. 202 1/2—201 1/2 per Dec. 203 1/2—202 1/2—202 1/2. Preussische und andere deutsche Staatspapiere sehr still und unbedeutend. Auch die Eisenbahnprioritäten waren nur wenig belebt. Für Oester. und besonders Ungarische Devisen prävalirte das Angebot. Auf dem Eisenbahnmarkt war bei ziemlich fester Haltung der Umsatz gering. Per ult. Nov. wurden gehandelt: Bergische 77,90—75—90, Köln 102,90—75 Rhein 108. Kölnische nach Schluss über Notiz begehrt. Anhalter und Potsdamer in gutem Verkehr. Thüringer belebt. Rumänien sehr fest und lebhaft; dieselben werden jedoch meist für auswärtige Rechnung gekauft. Berlin-Dresdener und Weimar-Geraer nicht unbelebt. Ostpreuss. Südbahn bei regem Verkehr anziehend. Bantactien sehr matt und meist in rückgängiger Bewegung. Nur Leipziger Creditactien erhöhte die Notiz. Billiger waren ebenfalls: Reichsbank, Deutsche Bank, Brüsseler Bank, Baseler Bankverein, Berliner Kassenverein, Südbayer Hypothekbank, Lübecker Commerzbank, Preuss. Bodencredit, Producten- und Handelsbank, Norddeutsche Grundreditbank, Meininger Bank und Darmstädter Bank. Industriepapiere sehr still. Große Werkebahn belebt und steigend. Norddeutsche Eisenwerke schwächer. Deutscher Gasactien nachgebend. Granger und Hyatt erhöhte die Notiz, ebenso Greppiner Werke. Leopoldshall ging im Course zurück. Magdeburger belebt und steigend.

Um 2 1/2 Uhr: Fest. Credit 381, Lombarden 110,50, Franzosen 435, Reichsbank 153,60, Disc.-Comm. 129, Laurahütte 72,25, Aktien 10,50, Italiener 72, Oester. Goldrente 60,15, do. Silberrente 53, do. Papierrente 51,5, 5 procent. Russen 78,75, Köln-Mindener 103,75, Rheinische 108,24, Bergische 78,25, Rumänien 34,60, Russ. Noten 20,50.

Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterreich. Silberrent.-Cp. 171,50 bez., do. Eisenb.-Cp. 171,50 bez., do. Papier in Wien zahlb. min. 50 Pf. f. Wien. Amerikan. Gold-Dollar-Bonds 4,19 bez., do. Eisenbahn-Prioritäten 4,18 bez., do. Papier-Dollars 4,16 bez., 6 % New-York-City 4,18 bez., Russ. Central-Boden min. 20 Pf. Paris, do. Papier und verl. min. 75 Pf. f. Pet., Poln. Papier u. verl. min. 75 Pf. f. Warschau. Russ.-Engl. conf. verl. 20,53 bez., Russ. Zoll 20,53 bez., 22er Russen 20,73 bez., Große Russ. Staatsb. 20,22 bez., Russ. Boden-Credit 20,30 bez., Warschau-Wiener Comm. —, 8 % Rumänische Staats-Anleihe —, Warschau-Zerespol 20,17 bez., 3 % und 5 % Lombard min. 10 Pf. Paris, Diverse in Paris zahlbar min. 20 Pf. Paris, Holländische min. 10 Pf. Amsterdam, Schweizer minus 50 Pf. Paris, Belgische minus 30 Pf. Brüssel, Verl. Lit.-Obligat. 20,42 bez.

Berlin, 30. Oct. [Producten-Bericht.] Es weht ein eisiger Nordostwind; heute früh war die Temperatur dem Gefrierpunkt nahe. — Roggen eröffnete ziemlich fest, bei großer Stille haben sich die Terminpreise aber nicht ganz behaupten können und muß die Haltung schließlich als matt bezeichnet werden. Loco ist der Verkehr mäßig belebt, Eigner hatten kaum nöthig, sich entgegenkommend zu verhalten. — Roggenmehl matt. — Weizen anfänglich fester gehalten, fand so wenig Beachtung, daß schwacher Handel sich erst zu herabgesetzten Preisen entwickelte. — Hafer loco schwer veräußert. Termine etwas fester. — Rübsöl blieb unbeachtet und hat sich im Werthe kaum behauptet. — Petroleum matter. — Spiritus im Beginn durch Deductionen per October befestigt, wurde allmählig recht flau, weil viel Waare zugeführt worden und Auerbietungen entschiedenes Uebergewicht erlangten.

Weizen loco 150—195 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, per October und October-November 174—173 M. bez., November-December 174 bis 173 M. bez., per April-Mai 182—181 M. bez., per Mai-Juni 183 1/2 bis 183 M. bez., Gefundigt 2000 Ctr. Kündigungspreis 178 1/2 M. — Roggen loco 120—135 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, neuer russischer 121 1/2 M. bez., neuer inländ. 126 1/2—134 M. ab Bahn und Kahn bez., per October 121—120 1/2 M. bez., per October-November 121—120 1/2 M. bez., per November-December 121 1/2—120 1/2 M. bez., per December-Januar 122—121 M. bez., per April-Mai 124 1/2—124 M. bez., per Mai-Juni 125 1/2—125 M. bez., Gefundigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Gerste loco 115—185 M. nach Qualität gefordert. — Hafer loco 105 bis 155 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, oft und westpreussischer 108—123 M. bez., russischer 105—118 M. bez., pommerscher 122—125 M. bez., schlesischer 113—124 M. bez., böhmischer 113—125 M., feiner russischer — M. ab Bahn bez., per October 116 M. bez., per October-November 114 M. bez., per November-December 114 M. bez., per April-Mai 120 1/2—121 M. bez., Gefundigt 4000 Ctr. Kündigungspreis 116 M. — Erbsen, Rohwaare 148—195 M., Futterwaare 130—143 M. — Weizenmehl pro 100 Kilo Br. unversehrt incl. Sad Nr. 0: 25,50—24,50 M., Nr. 0 u. 1: 24,50 bis 23,00 M. bez. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. unversehrt incl. Sad Nr. 0: 20,50—18,50 M., Nr. 0 und 1: 18,25—16,25 M. — Mais loco pro 100 Kilo — M. nach Qualität gefordert. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1: incl. Sad per October — M. bez., per October-Novbr. 17,90—17,80 M. bez., per November-December 17,80—17,70 M. bez., per December-Januar — Markt bez., per Januar-Februar 17,85—17,80 M. bez., per März-April — M. bez., per April-Mai 17,95—17,90 M. bez., per Mai-Juni — M. bez., Gefundigt — Ctr. Kündigungspreis — Markt. — Delaaten: Winterraps loco 238—255 M. bez., defect. rumänisch 233 M. ab Bahn bez., Winterraps loco 230—245 M. bez. — Rübsöl pro 100 Kilo loco mit Fass — M. bez., ohne Fass 57,5 M. Br., per October 57,7 M. bez., per October-November 57,5 M. bez., per November-December 57,4 bis 57,3 M. bez., per December-Januar — M. bez., per April-Mai 58,2 bis 58 M. bez., per Mai-Juni 58,4 M. bez., Gefundigt 800 Ctr. Kündigungspreis — M. — Leinöl loco 65 Markt Br. per 100 Kilo Netto incl. Fass bez., Petroleum loco per 100 Kilo incl. Fass 20,4 M. Gd. bez., per October 20,2—20,1 M. bez., per October-November 20,2—20,1 M. bez., per November-December 20,2—20,1 Markt bez., per Decbr.-Januar 21—20,9 M. bez., per Januar-Februar 21,5—21,3 M. bez., per April-Mai — M. bez., Gefundigt 4000 Ctr. Kündigungspreis 20,2 Markt.

Spiritus loco ohne Fass 52,5—51,8 M. bez., per October 54,3—53,5 M. bez., per October-November 51,2—50,9 M. bez., per November-December 50,3—50 M. bez., per April-Mai 52—51,9 M. bez., per Mai-Juni 52,2 bis 52,1 M. bez., Gefundigt 90,000 Liter. Kündigungspreis 53,8 M.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

October 30, 31.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme	+ 4,9	+ 1,1	+ 1,9
Luftdruck bei 0°	328,04	327,47	329,21
Dunstdruck	24,75	24,33	24,16
Dunstfättigung	89 pCt.	100 pCt.	91 pCt.
Wind	N. 2.	NW. 1.	W. 2.
Wetter	Regen.	Regen.	bed. Nöth. Reg.

Breslau, 31. Oct. [Wasserstand.] D-W. 4 M. 60 Cm. U.-P. — M. — Cm.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Hamburg, 30. Oct. Die Embleme des Zimmerer- und Tischlergewerks wurden heute conficirt, von dem ersteren auch die Schriften und Bücher.

Wien, 30. Oct. Die „Polit. Corresp.“ meldet aus Konstantinopel: Fürst Lobanoff beantwortete die Note der Pforte wegen der russischen Unterstützung der bulgarischen Insurrection in Macedonien. Er weist die erhobenen Behauptungen als unmotiviert zurück und weist darauf hin, daß in den insurgirten Districten russische Behörden und russisches Militär sich nicht befinden. — Neue bei der Pforte eingelangte Berichte melden: 500 bulgarische Insurgenten griffen mehrere besetzte Punkte des